

Geschäftsbericht 2010

2010

Generali Deutschland Pensionskasse AG

Generali Deutschland Pensionskasse AG
Geschäftsbericht 2010

Inhalt

5	Aufsichtsrat
7	Vorstand
9	Bericht des Aufsichtsrats
	Lagebericht
13	Wichtige Ereignisse im Jahr 2010
14	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Marktsituation
15	Geschäftsentwicklung der Generali Deutschland Pensionskasse AG
17	Kapitalanlagen
18	Gewinnverwendung
19	Organisation
20	Nachtragsbericht
21	Chancen
22	Risiken der zukünftigen Entwicklung und deren Steuerung
35	Ausblick
	Anlage zum Lagebericht
39	In der Berichtszeit betriebene Versicherungsarten
	Jahresabschluss 2010
44	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010
47	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010
	Anhang
50	Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden
56	Zeitwerte
58	Erläuterungen zur Bilanz - Aktiva
61	Erläuterungen zur Bilanz - Passiva
63	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
65	Sonstige Angaben
	Anlage zum Anhang
68	Anlage zum Anhang
71	Überschussanteil-Sätze 2011
	Bestätigungsvermerk
83	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen und Texten Rundungsdifferenzen auftreten.

Aufsichtsrat

Michael Westkamp

Vorsitzender

Vorsitzender des Vorstands der
AachenMünchener Versicherungen
Ressort Vorstandsvorsitz/Stäbe

Dr. Torsten Utecht

Stellvertretender Vorsitzender

Mitglied des Vorstands der
Generali Deutschland Holding AG
Finanzen

Laszlo Hrabovszki

Leiter der Abteilung
Konzern-Aktuariat
Personenversicherung der
Generali Deutschland Holding AG

Vorstand

Johannes Booms

Vorsitzender des Vorstands

Ressort Versicherungstechnik, Rechnungswesen,
Vertrieb über AachenMünchener, Risikomanagement

Volker Andrzejewski

Ressort Versicherungsbetrieb, Vertrieb über Generali

Manfred Oedingen

Ressort Kapitalanlagen

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung der Gesellschaft während des Geschäftsjahres laufend überwacht. Er wurde durch quartalsmäßige schriftliche Berichterstattung des Vorstands über die Geschäftsentwicklung sowie über wesentliche Vorgänge unterrichtet und trat darüber hinaus zu zwei ordentlichen Sitzungen mit dem Vorstand zusammen.

Dem Aufsichtsrat hat der Erläuterungsbericht des Verantwortlichen Aktuars vorgelegen. In der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats wurde der Bericht vom Verantwortlichen Aktuar dargelegt und vom Aufsichtsrat eingehend erörtert. Aus der umfassenden Prüfung ergaben sich für den Aufsichtsrat keine Einwände gegen den Erläuterungsbericht.

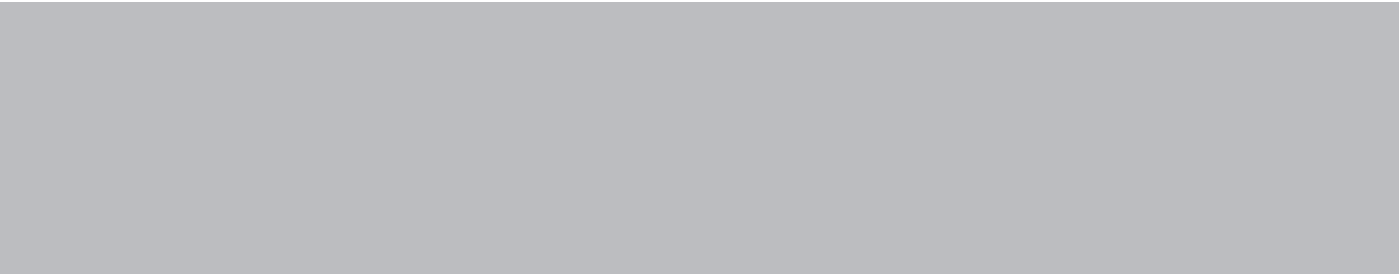
Die Prüfung gemäß § 317 des Handelsgesetzbuches wurde durch die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft vorgenommen. Es ergaben sich keine Beanstandungen. Der Bestätigungsvermerk ist uneingeschränkt erteilt. Alle Aufsichtsratsmitglieder haben die Berichte des Abschlussprüfers unverzüglich erhalten. Die Berichte sind in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats von den Wirtschaftsprüfern erläutert und mit dem Aufsichtsrat ausführlich erörtert worden.

Den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010 und den Jahresabschluss hat der Aufsichtsrat geprüft. Er hat den Jahresabschluss gebilligt, der damit festgestellt ist.

Aachen, den 10. März 2011

Der Aufsichtsrat

Michael Westkamp
Vorsitzender



_____ Lagebericht

Wichtige Ereignisse im Jahr 2010

Die mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz und dem Bürgerentlastungsgesetz bewirkten Liquiditätsverbesserungen bei den Arbeitnehmerhaushalten vermochten insgesamt bei den Pensionskassen keine nennenswerten Wachstumsimpulse zu erzeugen. Die überdies im Geschäftsfeld der betrieblichen Altersversorgung teilweise zu verzeichnende positive Neugeschäftsentwicklung betraf hauptsächlich den Durchführungsweg Direktversicherung und – geprägt durch das in diesem Jahr in vielen Unternehmen erstmals anzuwendende Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz – den Bereich der Rückdeckungsversicherungen der Lebensversicherer.

Die Maßnahmen zur Umsetzung der mit der Reform des Versorgungsausgleichs geregelten internen Realteilung von Rentenversicherungen wurden plangemäß durchgeführt.

Die Rechtsprechung befasste sich kritisch mit Pensionskassen, deren Satzung Sanierungsklauseln enthalten. Mit Urteil vom 3. März 2010 entschied das Landesarbeitsgericht Hessen, dass Pensionskassen, die unter Berufung auf eine in der Satzung enthaltene Sanierungsklausel eine Leistungskürzung vornehmen, insoweit eine Einstandspflicht des Arbeitgebers auslösen. Als deregulierte Pensionskasse in der Rechtsform der AG enthält unsere Satzung keine Sanierungsklausel. Daher sind unsere Kunden von dieser Entscheidung nicht betroffen und müssen auch in Zukunft keine Haftungsrisiken befürchten.

Finanzkraft der Generali Deutschland Pensionskasse auf hohem Niveau bestätigt

Die Generali Deutschland Pensionskasse wird im Rahmen der interaktiven Finanzstärke-Ratings der Generali Deutschland Gruppe von drei international renommierten Ratingagenturen jeweils mit einer Note aus ihrer zweithöchsten Ratingkategorie bewertet. Standard & Poor's (S&P) und FitchRatings vergeben für unsere Gesellschaft jeweils die Note AA- („Ausgezeichnet“ bzw. „Sehr stark“). Der Ausblick ist bei S&P und FitchRatings „stabil“. Von Moody's Investors Service wird die Finanzkraft mit Aa3 („ausgezeichnete finanzielle Sicherheit“) und einem „stabilen“ Ausblick bewertet.

Die Beurteilungen von Ratingagenturen sind stichtagsbezogen dargestellt und können sich verändern. Eine Übersicht über die aktuellen Ratingeinstufungen finden Sie im Internet unter www.generali-deutschland.de/ratings. Ausführliche Informationen zur Ratingmethodik sowie zur Bedeutung der Ratingergebnisse finden Sie auf den Webseiten der Ratingagenturen.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Marktsituation

Gesamtwirtschaftliche Lage 2010

Die Weltwirtschaft erholte sich nach der Finanzkrise und der tiefen Rezession im Jahr 2010 merklich. Nachdem die globale Wirtschaftsleistung 2009 erstmals seit mehr als 20 Jahren geschrumpft war, expandierte sie im zurückliegenden Jahr wieder um deutlich mehr als 4%. Im Jahresverlauf gingen zunehmend positive Impulse von der Binnennachfrage aus. Dagegen ging die Wirtschaftsleistung einiger Länder in der Peripherie des Euro-Raums (Griechenland, Irland, Spanien) nochmals zurück. Nur die sehr expansive Geldpolitik seitens der Europäischen Zentralbank (EZB) verhinderte ein tieferes wirtschaftliches Abgleiten dieser Länder. Während Entwicklungs- und Schwellenländer in Asien die Krise mit teilweise zweistelligen Wachstumsraten hinter sich ließen, fiel das Wachstum in den USA und in Europa deutlich geringer aus als nach anderen Rezessionen in der Vergangenheit.

Finanzmärkte

Im Frühjahr hat sich die Wirtschafts- und Finanzkrise zu einer Staatsschuldenkrise ausgeweitet. Sie wurde ausgelöst durch das beträchtliche Haushaltsdefizit Griechenlands für das Jahr 2009, das zudem erst zu einem späten Zeitpunkt eingestanden wurde. Nur mit einem umfangreichen Hilfspaket der Europäischen Union (EU) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) konnte ein Zahlungsausfall abgewendet werden. Auch das vom Bankensektor schwer belastete Irland geriet unter erheblichen Druck und musste den gemeinsamen Rettungsschirm von EU und IWF zum Jahresende in Anspruch nehmen.

Infolge der anhaltenden Konjunktursorgen, der expansiven Geldpolitik sowie der Suche nach sicheren Anlageklassen fielen die Renditen amerikanischer und deutscher Staatsanleihen bis zum Ende des dritten Quartals deutlich. Mit nur leicht über 2% erreichte die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen ein neues Rekordtief. Zum Jahresende zogen die Renditen deutscher und amerikanischer Staatsanleihen im Zuge neuer Konjunkturoffnungen wieder deutlich an und lagen im Dezember nur noch moderat unter den Niveaus vom Jahresanfang. Auch die Börsen gewannen erst im letzten Quartal nachhaltig an Fahrt. Dabei zeigten sich regionale Unterschiede. Während der deutsche Aktienindex DAX kräftige Kursgewinne verzeichnete, fielen die Zuwächse beim amerikanischen S&P 500 und beim europäischen DJ STOXX 600 etwas moderater aus.

Branchenentwicklung

Seit der steuerlichen Gleichstellung von Pensionskassen und Direktversicherungen im Jahr 2005 konsolidieren sich die Beitragseinnahmen der deutschen Pensionskassen. Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) geht für die im GDV zusammengeschlossenen Mitgliedsunternehmen nach vorläufigen Zahlen in 2010 von einem Rückgang des Beitragsvolumens gegenüber dem Vorjahr (-1,0%) aus. Die gesamten Beitragseinnahmen beliefen sich danach in 2010 auf 2.787,6 Mio. € nach 2.817,1 Mio. € im Vorjahr.

Geschäftsentwicklung der Generali Deutschland Pensionskasse AG

Geschäftsverlauf

Neugeschäft

Im Geschäftsjahr 2010 erzielte die Generali Deutschland Pensionskasse (GDPK) ein eingelöstes Neugeschäft nach laufendem Jahresbeitrag von 4,4 Mio. € und lag damit um 390 Tsd. € bzw. 8,2% unter dem Wert des Vorjahres. Dabei wurde das Neugeschäft durch ansteigende Dynamik-erhöhungen (+218 Tsd. €) positiv beeinflusst. Wesentlicher Einflussfaktor für die rückläufige Neugeschäftsentwicklung ist die direkte Konkurrenz zu den bAV-Produkten der Lebensversicherer, die in vielen Fällen bessere Renditechancen ausweisen.

Die Anzahl der neu abgeschlossenen Pensionskassenverträge hat sich im Berichtsjahr um 22,1% auf 2.330 Verträge (Vj. 2.990 Verträge) reduziert.

Versicherungsbestand

Zum Ende des Geschäftsjahres belief sich der Bestand auf eine Versicherungssumme von 4,1 Mrd. € gegenüber 4,3 Mrd. € im Vorjahr. Die rückläufige Entwicklung von 215,6 Mio. € resultierte aus dem geringen aktuellen Neugeschäft einerseits und dem im Vergleich zum Neugeschäft höheren Stornovolumen andererseits. Die Anzahl der Versicherungsverträge ging im Vergleich zum Vorjahr leicht um 0,2% auf 180.693 Stück zurück.

Die vorzeitigen Abgänge (Rückkäufe, Umwandlungen in beitragsfreie Versicherungen und sonstige vorzeitige Abgänge) lagen nach laufendem Jahresbeitrag bei 7,3% des mittleren Bestandes und damit nochmals deutlich unter dem Wert des Vorjahres (8,4%). Die absolute Höhe der Stornierungen nach laufendem Jahresbeitrag ist um 18,7% rückläufig. Dazu beigetragen haben auch unsere im letzten Jahr getroffenen Bestandssicherungsmaßnahmen zur Abmilderung von Zahlungsenpässen.

Beitragseinnahmen

Die gebuchten Bruttobeiträge verringerten sich im Jahr 2010 um 5,7% auf 169,1 Mio. € (Vj. 179,2 Mio. €) und folgten damit im Wesentlichen der Bestandsentwicklung. Die Branche verzeichnete ebenfalls einen Rückgang.

Ausgezahlte Versicherungsleistungen an unsere Kunden

Im Geschäftsjahr fielen Leistungen an Versicherungsnehmer in Höhe von 17,8 Mio. € (Vj. 16,6 Mio. €) an, davon 10,3 Mio. € für Rückkäufe, 6,1 Mio. € für Abläufe und Renten sowie 1,4 Mio. € für Todesfälle.

Abschluss- und Verwaltungskosten

Die Abschlusskosten gingen im Geschäftsjahr um 0,8 Mio. € auf 4,6 Mio. € zurück. Als Ursache hierfür sind das geringere Neugeschäftsvolumen sowie niedrigere Vergütungen für bezogene Dienstleistungen aufzuführen. Der Abschlusskostensatz (Abschlusskosten in Prozent der Beitragssumme des eingelösten Neugeschäfts) betrug 3,9% (Vj. 4,0%).

Die Verwaltungskosten beliefen sich auf 8,9 Mio. € nach 9,5 Mio. € im Vorjahr. Der Rückgang von 0,6 Mio. € beruht im Wesentlichen auf gesunkenen Vergütungen für bezogene Dienstleistungen. Der Verwaltungskostensatz liegt mit 5,3% auf dem Niveau des Vorjahres.

Gesamtüberschuss und Überschussverwendung

Für das Geschäftsjahr 2010 wird vor Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) ein Rohüberschuss von 16,5 Mio. € ausgewiesen, der um 3,0 Mio. € über dem Vorjahr (13,5 Mio. €) liegt. Der für zukünftige Überschussbeteiligungen der Versicherungsnehmer bestimmten RfB wurden 90,0% des Rohüberschusses nach Steuern zugewiesen. Damit stellen wir unseren Kunden 14,9 Mio. € (Vj. 12,1 Mio. €) aus dem Geschäftsjahresergebnis zur Verfügung. Der Jahresüberschuss beträgt 1,7 Mio. € (Vj. 1,3 Mio. €).

Überschussbeteiligung unserer Versicherungsnehmer

Die Überschussbeteiligung unserer Kunden wird ausschließlich aus der RfB dotiert. 2010 konnten wir die Überschussanteil-Sätze gegenüber 2009 unverändert lassen. Somit belief sich die laufende rechnerische Gesamtverzinsung der Versicherungsnehnerguthaben wiederum auf 4,20% (3,60% bei den Tarifen, bei denen die Deckungsrückstellung wegen der Anpassung an die stärker als erwartet gestiegene Lebenserwartung zusätzlich aufgestockt wurde).

Auch 2011 bleiben die Überschussanteil-Sätze gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die für die einzelnen Abrechnungsverbände und Bestandsgruppen festgelegten Überschussanteil-Sätze für das Jahr 2011 sind in der Anlage zum Anhang ausgewiesen. Darüber hinaus kann bei Beendigung einer Versicherung oder – bei einer Rentenversicherung – bei Beendigung ihrer Ansparzeit sowie während des Rentenbezugs eine Beteiligung an den Bewertungsreserven fällig werden, wie sie § 153 Abs. 3 und 4 des Versicherungsvertragsgesetzes vorsieht. Details hierzu enthält die Anlage zum Anhang dieses Geschäftsberichts.

Kapitalanlagen

Kapitalanlagebestand

Der Kapitalanlagebestand ist im Geschäftsjahr um 171,5 Mio. € auf 1.024,1 Mio. € ohne die Anlage aus fondsgebundenen Überschussanteilen bzw. um 174,8 Mio. € auf 1.035,2 Mio. € mit der Anlage aus fondsgebundenen Überschussanteilen gestiegen. Die Neuanlage der liquiden Mittel erfolgte maßgeblich in Rentenpapiere sowie Rentenspezialfonds.

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Die laufenden Kapitalerträge ohne die Anlage aus fondsgebundenen Überschussanteilen betragen im Berichtsjahr 37,5 Mio. € (Vj. 33,6 Mio. €). Der Anstieg resultierte insbesondere aus höheren Zinserträgen infolge des Bestandszuwachses im Bereich der Rentenpapiere bzw. der Rentenspezialfonds. Aus dem Abgang von Kapitalanlagen konnten Gewinne in Höhe von 4,7 Mio. € erzielt werden, die hauptsächlich bei Inhaberschuldverschreibungen (3,7 Mio. €) und Sonstigen Ausleihungen (0,9 Mio. €) anfielen. Dem standen Abgangsverluste in Höhe von 0,8 Mio. € aus dem Verkauf von Inhaberschuldverschreibungen gegenüber. Zusätzlich sind Abschreibungen von 0,4 Mio. € auf Investmentanteile angefallen.

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen ohne die Anlage aus fondsgebundenen Überschussanteilen stieg auf 40,5 Mio. € an (Vj. 34,1 Mio. €). Die Nettoverzinsung lag mit 4,3% leicht unter dem Vorjahr (4,5%).

Bewertungsreserven

Die saldierten Bewertungsreserven der Kapitalanlagen betragen insgesamt 13,4 Mio. € (Vj. 26,6 Mio. €).

Gewinnverwendung

Zum 31. Dezember 2010 ergibt sich ein Jahresüberschuss/Bilanzgewinn in Höhe von 1.650.505,42 €. Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der am 10. März 2011 stattfindenden Hauptversammlung vor, den Bilanzgewinn an den Aktionär auszuschütten.

Organisation

Einbindung in die Generali Deutschland Gruppe

Die Generali Deutschland Pensionskasse ist eine Gesellschaft der Generali Deutschland Gruppe, an deren Spitze die Generali Deutschland Holding AG steht. Die Generali Deutschland Holding AG gehört mehrheitlich zur weltweit tätigen Assicurazioni Generali S.p.A., Triest, eine der größten Versicherungsgruppen in Europa.

Starke Vertriebspartner im Verbund

Eine Stärke der Generali Deutschland Pensionskasse liegt im Verkauf unserer Produkte über vielfältige Vertriebswege. So vermittelten für uns die Deutsche Vermögensberatung Gruppe, die Vertriebe der Generali Versicherungen sowie die Vertriebe der Central Krankenversicherung.

Deutsche Vermögensberatung Aktiengesellschaft

Die Deutsche Vermögensberatung Gruppe war auch in diesem Jahr der stärkste Vertriebspartner der Generali Deutschland Pensionskasse. In 2010 vermittelte sie 57% unseres gesamten Neugeschäftes. Auch in Zukunft wird die Deutsche Vermögensberatung Gruppe maßgeblich dazu beitragen, die Entwicklung unseres Unternehmens sowie unsere Stellung im Markt zu sichern.

Verwaltung

Die Generali Deutschland Pensionskasse hat keine eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Geschäft wird im Rahmen von Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsverträgen durch Mitarbeiter der Generali Deutschland Gruppe betrieben.

Verhaltenskodex für den Vertrieb von Versicherungsprodukten

Die Versicherungswirtschaft unterstützt seit vielen Jahren mit verschiedenen Initiativen den Verbraucherschutz. So sind in der Branche hohe Qualitätsstandards für den Vertrieb von Versicherungsprodukten verankert. Diese Standards haben sich in der Praxis bewährt und wurden von der Bundesregierung inzwischen auch für andere Finanzbranchen übernommen. Die deutschen Versicherer haben sich zum Ziel gesetzt, das Vertrauen der Menschen in die Qualität der Versicherungsvermittlung weiter zu stärken.

Deshalb hat der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) gemeinsam mit den Mitgliedsunternehmen einen Verhaltenskodex entwickelt. Konkret wurden 10 Leitlinien für die Zusammenarbeit der Versicherungsunternehmen mit den Versicherungsvermittlern formuliert, mit dem Ziel, die hohe Beratungs- und Betreuungsqualität für den Kunden zu unterstreichen und dauerhaft zu sichern.

Die Generali Deutschland Gruppe steht geschlossen hinter dem Verhaltenskodex. Deshalb ist auch die Generali Deutschland Pensionskasse dem Kodex beigetreten und setzt sich für die Umsetzung der zehn Leitlinien ein.

Nachtragsbericht

Es sind keine Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten.

Chancen

Aktuelle Umfragen belegen, dass die betriebliche Altersversorgung in Deutschland hohes Vertrauen genießt. Dies dürfte insbesondere daran liegen, dass die Anbieter der betrieblichen Altersversorgung die Finanzmarktkrise gut überstanden haben. Ungeachtet dessen ist der Verbreitungsgrad – insbesondere im Bereich der kleinen und mittelständischen Unternehmen – noch nicht optimal und bietet weiterhin erhebliches Potenzial.

Der in diesem Jahr zu verzeichnende deutliche konjunkturelle Aufschwung erfasst inzwischen auch den Arbeitsmarkt und führt bereits zu deutlichen Verbesserungen des Konsumklimas. Die wirtschaftliche Situation der privaten Haushalte hat sich damit spürbar stabilisiert. Dies dürfte auch im kommenden Jahr den privaten Konsum, insbesondere aber auch die Bereitschaft zur Verbesserung der arbeitnehmerfinanzierten betrieblichen Altersversorgung weiter stützen.

Die infolge des Konjunkturaufschwungs einsetzende deutliche Belebung des Arbeitsmarktes offenbart zunehmend den sich in Deutschland verschärfenden Fachkräftemangel. In diesem Zusammenhang gerät die betriebliche Altersversorgung wieder verstärkt als Instrument der Personalpolitik in den Fokus vieler Unternehmen. Diese Entwicklung dürfte in Zukunft die Bereitschaft der Arbeitgeber zur Stärkung der arbeitgeberfinanzierten betrieblichen Altersversorgung positiv beeinflussen.

Infolge der weiterhin bestehenden Konkurrenz zur steuersystematisch identisch geförderten Direktversicherung der Lebensversicherer bleibt abzuwarten, inwieweit die Pensionskassen von den insgesamt positiven Rahmenbedingungen profitieren können.

Risiken der zukünftigen Entwicklung und deren Steuerung

- Unser Risikomanagementsystem ist integraler Bestandteil des Managementprozesses. Wir sehen die Übernahme von Risiken und den verantwortungsvollen Umgang mit diesen als unsere Kernkompetenz an. Mit unserem Geschäftszweck ist die Übernahme von Risiken untrennbar verbunden. Hieraus und aus dem allgemeinen Geschäftsbetrieb ergeben sich Risiken, denen wir ausgesetzt sind.
- Ein funktionierendes Risikomanagement schafft die notwendigen Voraussetzungen, um Risiken frühzeitig zu erkennen, systematisch und vollumfänglich zu analysieren, Maßnahmen der Risikosteuerung zu prüfen und zu initiieren sowie den Verlauf der Risikoexposition zu überwachen. Hiermit sichern wir die jederzeitige Solvenz und die nachhaltige Ertragskraft unseres Unternehmens.
- Aus der Finanzmarktkrise, die im Jahr 2007 ihren Ursprung hatte, sowie aus der Verschlechterung der Kreditwürdigkeit einzelner Staaten der Europäischen Union leitet sich keine nachhaltige oder bestandsgefährdende Beeinträchtigung unserer Risikotragfähigkeit ab. Die niedrigen Zinsen im Bereich von Staatsanleihen höchster Qualität belasten jedoch die Ertragslage.
- Insgesamt wurden durch die zuvor genannten Faktoren unterjährig die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unseres Unternehmens zwar negativ beeinflusst, zu keinem Zeitpunkt war jedoch eine Bestandsgefährdung erkennbar. Die Beruhigung in den Wirtschaftssystemen zum Jahresende 2010 lässt zudem eine deutliche Entspannung sichtbar werden.

Risikomanagement in der Generali Deutschland Pensionskasse AG und der Generali Deutschland Gruppe

Basierend auf der Geschäftsstrategie der Generali Deutschland Pensionskasse AG und der daraus abgeleiteten Risikostrategie sind unsere Kernkompetenzen die Übernahme und die verantwortungsvolle Steuerung von Risiken. Ausgehend von dieser geschäftspolitischen Ausrichtung managen wir als Teil des bedeutenden Finanzdienstleistungskonzerns Generali Deutschland Gruppe mit den Schwerpunkten Versicherungs-, Kapitalanlage- und Bauspargeschäft vielfältige Risiken.

Neben der Übernahme von Risiken aufgrund unserer Geschäftsausrichtung entstehen Risiken auch in unserem allgemeinen Geschäftsbetrieb. Mit dem Ziel der größtmöglichen Sicherheit der Ansprüche unserer Kunden unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Anforderungen aller weiteren Stakeholder, das heißt aller weiteren am Unternehmenserfolg partizipierenden Interessengruppen, sichern wir den nachhaltigen Erfolg der Generali Deutschland Pensionskasse AG und der Generali Deutschland Gruppe. Um dies zu gewährleisten, werden mögliche Risiken unseres Unternehmens und in der Gruppe frühzeitig identifiziert sowie systematisch und vollständig analysiert. Basierend auf dieser Analyse wird entschieden, ob und inwieweit die Risiken getragen oder ob sie durch geeignete Maßnahmen reduziert oder begrenzt werden. Auf Grundlage dieser Entscheidungen wird die Risikoexposition laufend überwacht, um die nachhaltige Risikotragfähigkeit sicherzustellen und eine Gefährdung unseres Unternehmens sowie der Generali Deutschland Gruppe auszuschließen.

Zum Risikomanagement gehört neben der Risikostrategie, die sämtliche identifizierte Risiken des betriebenen Geschäfts umfassend berücksichtigt, auch ein organisatorischer Rahmen, mit dessen Hilfe der Geschäftsablauf effektiv überwacht und kontrolliert sowie an veränderte Rahmenbedingungen angepasst werden kann.

Risikostrategie der Generali Deutschland Pensionskasse AG

Unsere Risikostrategie zeigt den Umgang mit den sich aus unserer Geschäftsstrategie ergebenden Risiken auf und legt darüber hinaus unsere Risikoneigung fest. Die Risikostrategie beschreibt die Auswirkungen der Geschäftsstrategie auf unsere Risikosituation, dokumentiert unseren Umgang mit vorhandenen Risiken sowie die Fähigkeit, neu hinzugekommene Risiken zu tragen. Dargestellt werden der Einfluss von Risiken auf die Wirtschafts-, Finanz- oder Ertragslage sowie daraus resultierende Leitlinien für deren Handhabung. Risikoerwägungen und Kapitalbedarf sind in den Management- und Entscheidungsfindungsprozess eingebunden. Die Risikostrategie zeigt die sich aus der Geschäftsstrategie ergebenden Risiken auf und ist so gestaltet, dass die operative Steuerung der Risiken an diese anknüpfen kann.

Die wesentlichen risikostrategischen Elemente der Generali Deutschland Pensionskasse AG sind:

- Spezialisierung und Positionierung als alleiniger Anbieter für Produkte der betrieblichen Altersversorgung im Durchführungsweg „Pensionskasse“ in der Generali Deutschland Gruppe zur Begrenzung von Wettbewerbsrisiken und Komplexität in betrieblichen Prozessen
- Nutzung aller Vertriebswege der Generali Deutschland Gruppe zur Diversifikation von Vertriebsrisiken
- Konsequente Ausrichtung auf Privatkunden- und Gewerbegeschäft zur Begrenzung von Risiken und zur Nutzung der Diversifikation
- Konzentration auf den deutschen Markt zur Reduzierung/Vermeidung von Währungs- und Rechtsrisiken
- Bündelung von Know-how und Nutzung von Skaleneffekten zur Reduzierung operationeller Risiken und deren Absicherung im Rahmen der Einbindung in die Generali Deutschland Gruppe.

Organisation des Risikomanagements in der Generali Deutschland Pensionskasse AG und in der Generali Deutschland Gruppe

Um auf die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk VA) und die Anforderungen aus Solvency II angemessen sowie vorausschauend ausgerichtet zu sein, ist das Risikomanagement der Generali Deutschland Gruppe konzerneinheitlich organisiert – insbesondere im Hinblick auf Methoden, Verfahren und Modelle. Durch eine enge Verzahnung des zentralen Enterprise Risk Managements (GD-ERM) als Steuerungseinheit mit dem dezentralen Risikomanagement in den Konzernunternehmen wird Einheitlichkeit und Effektivität sichergestellt. Gleichzeitig übernehmen unternehmensübergreifende Gremien (RMCs – Risk Management Committees) wesentliche Funktionen im Risikomanagementsystem der Generali Deutschland Gruppe. Im Risikomanagementsystem werden alle wesentlichen aufbau- und ablauforganisatorischen Regelungen des Risikomanagements zusammengefasst und dokumentiert. Es bildet die Basis für die integrierte Risikoüberwachung und -steuerung.

Im Rahmen eines ganzheitlichen und systematischen Risikomanagements werden in der Generali Deutschland Pensionskasse AG risikorelevante Sachverhalte und Ergebnisse im regelmäßig erstellten Risikobericht an den Vorstand sowie das Aufsichtsgremium, in routinemäßig zusammentreffenden internen RMCs, in diversen Arbeitsgruppen und Projekten sowie im Rahmen von mindestens einmal jährlich stattfindenden Risikokonferenzen erhoben und dargestellt sowie mögliche Gegensteuerungsmaßnahmen erörtert. Der Risikomanager unseres Unternehmens ist in Zusammenarbeit mit GD-ERM fachlicher Ansprechpartner für den Vorstand.

Um jederzeit die aktuelle Risikosituation angemessen und vollständig zu erfassen, werden die Risikokonferenzen durch eine dezidierte Ad-hoc-Berichterstattung bei Eintritt neuer wesentlicher Risiken oder bei negativer wesentlicher Veränderung der vorhandenen Risikoexposition unterstützt.

Neben den in den Risikokonferenzen identifizierten Risiken werden vielfältige weitere Risiken in den eingesetzten Risikokapitalmodellen analysiert und bewertet. Regelmäßig erstellte Szenariobetrachtungen ergänzen diese Risikoanalyse.

Insgesamt wird somit die Risikosituation unseres Unternehmens, des Segments und der Gruppe als Ganzes vollumfänglich erfasst.

Hierdurch ist gewährleistet, dass das zentrale und dezentrale Risikomanagement jederzeit über die Risikolage des Unternehmens informiert ist, um so gegenüber Vorständen und Aufsichtsorganen über die Risikolage berichten zu können.

Die Erkenntnisse des Risikomanagements werden auf Ebene unseres Unternehmens im Rahmen des regelmäßigen und anlassbezogenen Risikoberichtswesens vorgestellt sowie systematisch in den regelmäßig stattfindenden, segmentspezifischen Sitzungen des RMC Leben/Kranken gebündelt und diskutiert. Diese unternehmensübergreifenden Sitzungen, an denen neben den Vorständen und Geschäftsführern der betroffenen Unternehmen und der Generali Deutschland Holding AG auch GD-ERM und die Verantwortlichen verschiedener Fachbereiche der Generali Deutschland Holding AG teilnehmen, haben zum Ziel, Veränderungen der Risikosituation angemessen und zeitnah zu identifizieren. Aufbauend auf einer umfassenden Analyse werden bei Beeinträchtigung der Risikotragfähigkeit einzelner Unternehmen oder in Segmenten geeignete Maßnahmen zur Risikosteuerung erarbeitet und im Anschluss deren Wirksamkeit analysiert sowie kontrolliert. Diese Aufgabe wird insbesondere durch die unternehmensübergreifenden Committees ausgeübt, welche eine systematische Überwachung und Überprüfung eingeleiteter Maßnahmen zur Risikosteuerung auf Unternehmensebene initiieren und auf Segmentebene durchführen.

Als weiteres Ziel verfolgt GD-ERM auf Konzern- und Holdingebene die aus der Risikostrategie und der Risikotragfähigkeit abgeleitete Allokation von Risikokapital. Im gesamten Risikomanagementprozess der Generali Deutschland Gruppe verantwortet GD-ERM die konzeptionelle Weiterentwicklung und Pflege des Risikomanagementsystems auf Konzern- und Holdingebene sowie als operative Aufgaben die Initiierung, Erarbeitung und Koordination von Maßnahmen im Risikomanagement gemeinsam mit den Risikoverantwortlichen und dezentralen Risikomanagern. Die Berichterstattung über ergriffene Maßnahmen und deren Wirksamkeit erfolgt gegenüber den Konzernunternehmen sowie bei entsprechender Risikorelevanz gegenüber den RMCs. In den mindestens quartalsweise stattfindenden Sitzungen des „RMC Group“, deren Mitglieder sich aus dem Gesamtvorstand, GD-ERM sowie Verantwortlichen verschiedener Fachbereiche der Generali Deutschland Holding AG zusammensetzen, wird auf Grundlage der segmentspezifischen RMCs sowie zusätzlicher konzernübergreifender Analysen die Risikosituation der Segmente sowie unserer gesamten Gruppe bewertet. Darüber hinaus wird auch die Ableitung von Risikobegrenzungsmaßnahmen initiiert sowie deren Wirksamkeit überwacht.

Um die Effektivität und Effizienz ausgewählter Bestandteile des Risikomanagementsystems sicherzustellen, erfolgt regelmäßig eine Überprüfung durch die Konzernrevision als übergeordnete, prozessunabhängige Instanz. In diesem Zusammenhang wurde im letzten Jahr sowohl durch die Konzernrevision als auch durch eine externe Instanz die Angemessenheit und Vollständigkeit der Umsetzung der MaRisk VA überprüft. Auf Basis dieser Ergebnisse wurden die Arbeiten im Rahmen der MaRisk VA weiterentwickelt.

Der Risikomanagementprozess in der Generali Deutschland Pensionskasse AG und in der Generali Deutschland Gruppe

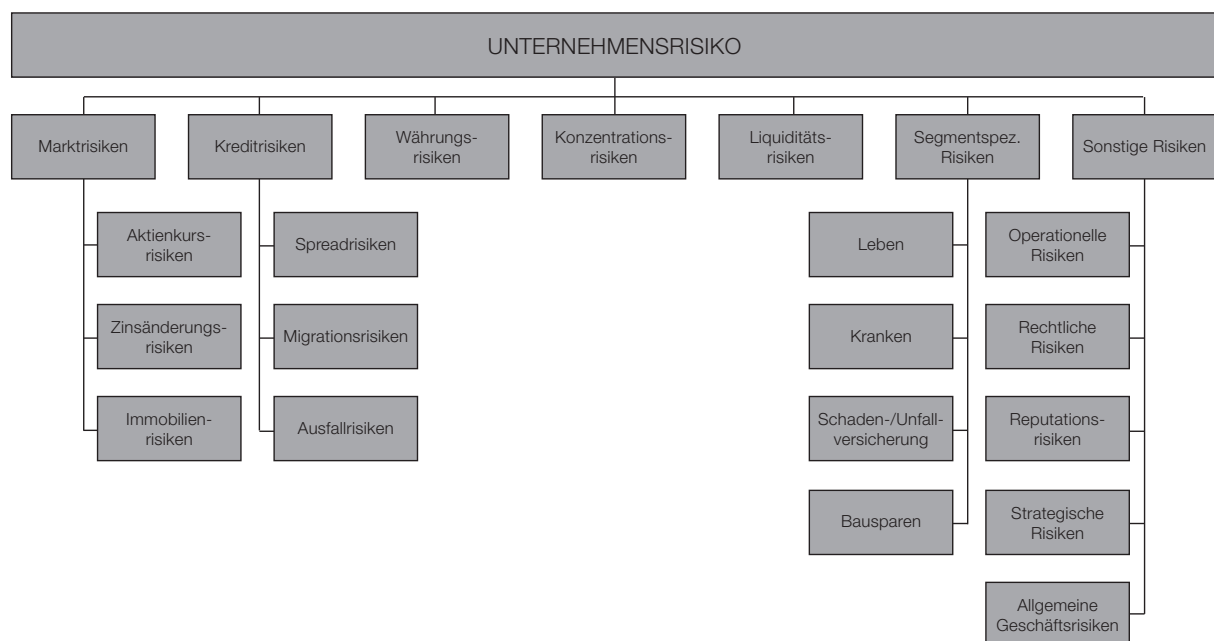
Der Risikomanagementprozess in der Generali Deutschland Pensionskasse AG und in der Generali Deutschland Gruppe lässt sich als Regelkreis interpretieren und folgt den Prozessschritten Risiko-identifikation, Risikoanalyse und -bewertung, Risikosteuerung sowie Kommunikation und Überwachung. Die Konzernrevision prüft regelmäßig ausgewählte Bestandteile des Risikomanagementsystems, welche im Rahmen der jährlichen risikoorientierten Prüfungsplanung festgelegt werden.

Risikoidentifikation

Neben Risiken, die standardmäßig in Risikokapitalmodellen integriert sind, erfolgt im ersten Schritt des Risikomanagementsystems die Identifikation aller weiteren Risiken. Hierzu wird die Abschätzung des Ausmaßes bei Eintritt des Risikos und des Zeitraums, innerhalb dessen das identifizierte Risiko eintreten kann, in Experteninterviews festgestellt. Wesentliches Ergebnis ist die Einschätzung bezüglich der Relevanz des Risikos für das Management unseres Unternehmens. Das Risikomanagement fokussiert sich auf die wesentlichen Risiken: Wesentlich sind Risiken, die den dauerhaften Fortbestand oder die Solvenzsituation unseres Unternehmens gefährden beziehungsweise die unser Unternehmen entscheidend an der Erreichung der Geschäftsziele hindern können. Ordnungsrahmen für die Risikoidentifikation bildet die mindestens einmal jährlich stattfindende Risikoinventur, in der die Risiken umfassend und systematisch erfasst und anschließend konzernweit aggregiert werden.

Abgeleitet aus einer branchenüblichen Einteilung unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Gruppe, arbeiten wir mit einer Risikoklassifizierung, die identifizierte Risiken den folgenden Risikoklassen mit jeweils mehreren Unterklassen beziehungsweise -arten zuordnet.

Risikoklassen und -arten



Marktrisiken

Marktrisiken beschreiben die Gefahr von Verlusten aus Kapitalanlagen, die auf nachhaltigen Preisänderungen sowie weiteren wertbeeinflussenden Faktoren beruhen. Sie umfassen neben Aktienkurs-, Zinsänderungs- und Immobilienrisiken sowie Risiken der Preisveränderung sonstiger Kapitalanlagen, wie zum Beispiel alternativer Investments, auch die Volatilität bestimmter Anlageklassen.

Kreditrisiken

Kreditrisiken beschreiben das Risiko, dass ein Schuldner seine ausstehenden Verbindlichkeiten zum vorgegebenen Zeitpunkt oder in der vereinbarten Höhe nicht begleicht und somit den damit verbundenen potenziellen Wertverlust in Portfolien.

In unserer Risikomodellierung werden Kreditrisiken in Spread-, Migrations- und Ausfallrisiken unterteilt. Das Spreadrisiko beschreibt die Gefahr, dass bei konstanter Kreditqualität eines Emittenten der Credit Spread im Zeitablauf schwankt. Als Credit Spread ist hierbei der Renditeaufschlag im Vergleich zur Investition in eine risikofreie Staatsanleihe zu verstehen. Risiken entstehen für den Investor, wenn die Credit Spreads wegen einer veränderten Risikoaversion der Kapitalmarktakteure ansteigen. Unter dem Migrationsrisiko versteht man die Gefahr, dass sich die Bonität eines Emittenten verschlechtert und demzufolge der Marktpreis einer (Unternehmens-) Anleihe sinkt. Das Migrationsrisiko wird in unseren Modellen über einen Wechsel in eine andere Ratingklasse abgebildet. Beim Ausfallrisiko handelt es sich um einen Sonderfall des Migrationsrisikos. Hierbei migriert die Anleihe in die schlechteste Ratingklasse, die Ausfallklasse. In diesem Fall erhält der Anleger von den noch ausstehenden Zins- und Tilgungszahlungen nur noch einen Anteil.

Währungsrisiken

Währungsrisiken beschreiben die Gefahr von Verlusten, die aus der Unsicherheit über zukünftige Wechselkursentwicklungen bei nicht währungskongruenter Bedeckung der Verpflichtungen entstehen. Die Unsicherheit bezüglich des Wechselkurses ist umso größer, je stärker die Wechselkursvolatilität ist.

Konzentrationsrisiken

Konzentrationsrisiken resultieren aus einer unzureichenden aktiv- und/oder passivseitigen Portfoliodiversifikation und betreffen sämtliche mit Risiken behaftete Einzelengagements in Adressen, Regionen oder Segmenten. Aktivseitig resultieren Konzentrationsrisiken im Wesentlichen aus Abhängigkeiten im Ausfall- und Wertschwankungspotenzial in den oben genannten Bereichen. Im Bereich der Versicherungstechnik existieren Konzentrationsrisiken, sofern große Exponierungen gegenüber einzelnen Kunden, Rückversicherern oder in bestimmten Segmenten beziehungsweise Regionen bestehen. Konzentrationsrisiken aus aktiv- und passivseitigem Engagement treten auf, wenn in einem genannten Bereich sowohl im Rahmen der Kapitalanlage als auch der Versicherungstechnik sowie im Rahmen der Erst- und Rückversicherung unangemessen hohe Exponierungen aufgebaut sind.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken bezeichnen die Risiken, den gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen, insbesondere aus Versicherungsverträgen, nicht zeitgerecht oder nicht in voller Höhe nachkommen zu können. Des Weiteren besteht das Risiko, dass Refinanzierungen nicht zu adäquaten Refinanzierungssätzen erfolgen.

Segmentspezifische Risiken

Das segmentspezifische Risiko für die Lebensversicherung setzt sich aus dem biometrischen Risiko, dem Kostenrisiko und dem Stornorisiko zusammen. Die Risiken speziell in der Rentenversicherung resultieren daraus, dass die Rentenbezugsdauer, der mögliche Eintritt der Invalidität sowie die zukünftige Kosten- oder Stornosituation von den kalkulierten Annahmen und den Erwartungen abweichen können.

Sonstige Risiken

Sonstige Risiken umfassen die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, von Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Rechtsrisiken, die vor allem aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen beziehungsweise steuerlichen Rahmenbedingungen resultieren, werden durch diese Definition genauso einbezogen wie allgemeine Geschäftsrisiken, strategische Risiken und Reputationsrisiken.

Risikoanalyse und -bewertung

Nach der inhaltlichen Zuordnung zu den Risikoklassen und -arten erfolgt auf Grundlage von Ergebnissen der Risikokapitalmodelle und Expertenschätzungen eine adäquate Skalierung der identifizierten Risiken nach deren Wesentlichkeit.

Zum einen werden Risiken, bei deren Eintritt das barwertig ermittelte Risikoausmaß wesentlichen Einfluss auf die Zielerreichung oder die Solvenzsituation nimmt, innerhalb eines von uns eingesetzten Risikokapitalmodells abgebildet, quantifiziert und aggregiert. Als Risikokapitalmodelle setzen wir in der Generali Deutschland Gruppe neben dem Standardmodell auch Interne Modelle ein. Diese Risikomodellierung und -quantifizierung umfasst insbesondere alle Markt-, Kredit-, Konzentrations-, Währungs- und segmentspezifischen Risiken. Sonstige Risiken werden in der Risikomodellierung – analog zu den in der Branche etablierten Ansätzen – pauschal abgebildet, da sie mangels ausreichender empirischer Erfahrungswerte nur schwer quantifizierbar sind.

Zum anderen erfolgt eine Bewertung der wesentlichen Risiken, die im Modell nicht explizit berücksichtigt werden, durch Expertenschätzungen.

Wesentliche Risiken unterliegen neben einer laufenden Überwachung durch die Risikoverantwortlichen einer dezidierten regelmäßigen Berichterstattung an die Geschäftsleitung und das Aufsichtsgremium.

Die Steuerung nicht wesentlicher Risiken findet im Rahmen der regulären Geschäftsprozesse und unmittelbar durch die Risikoverantwortlichen statt.

Risikosteuerung

Grundlage der Risikosteuerung ist die standardisierte Risikoberichterstattung, die Auskunft über die Gesamtrisikosituation unseres Unternehmens gibt. Im Risikobericht der Generali Deutschland Pensionskasse AG werden auch die eingeleiteten Maßnahmen dokumentiert, die im Vorstand oder im RMC sowie in der Risikokonferenz beschlossen wurden. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt durch definierte Verantwortliche und gegebenenfalls durch unternehmensübergreifende Arbeits- oder Projektgruppen.

Zusätzlich wird die Risikosteuerung durch Richtlinien (unter anderem Kapitalanlage- und Zeichnungsrichtlinien, Richtlinien zur Produktentwicklung, Regulierung und Rückversicherung), weitere Analyseinstrumente sowie durch vorhandene Limitsysteme ergänzt. Diese berücksichtigen gesetzliche, ökonomische und sonstige Restriktionen. Sollte aufgrund einer sich unterjährig verschärfenden Risikosituation eine Abweichung von den Kapitalanlage-, Zeichnungs- oder anderweitigen Richtlinien erforderlich sein, werden entsprechende Maßnahmen ebenfalls durch den Vorstand oder im RMC sowie der Risikokonferenz beschlossen und kontrolliert. Limite werden regelmäßig überwacht, Limitverletzungen analysiert und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen eingeleitet. In besonderen Situationen werden auch Ad-hoc-Analysen durchgeführt.

Kommunikation und Überwachung

Es erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der identifizierten Risiken. Auf dieser Basis werden Vorstand und Aufsichtsorgane regelmäßig über die Risikoexposition sowie die eingeleiteten Maßnahmen und deren Wirksamkeit informiert. Sofern außerhalb dieses Berichtszyklus unterjährig neue Risiken auftreten oder sich bekannte Risiken erheblich erhöhen, wird ad hoc an den Risikomanager unseres Unternehmens ein Bericht gesendet, der seinerseits GD-ERM informiert, sodass im Rahmen der konzernweiten Aggregation eine Aktualisierung erfolgt.

Eine regelmäßige Berichterstattung erfolgt zudem in den RMC-Sitzungen, in denen der unternehmensübergreifende Austausch zu risikomanagementrelevanten Inhalten stattfindet.

In der laufenden Risikoberichterstattung stehen alle modellmäßig erfassten Risiken sowie die wesentlichen übrigen Risiken im Fokus. Hinsichtlich dieser Risiken erfolgen detaillierte Aussagen zum benötigten Risikokapital auf Basis der Modellergebnisse sowie Expertenschätzungen.

Das benötigte Risikokapital der modellmäßig abgebildeten Risiken wird jeweils einzeln ausgewiesen und unter Berücksichtigung von Risikoausgleichseffekten zum insgesamt benötigten Risikokapital für unser Unternehmen sowie für die Segment- und Gruppensicht aggregiert. Dieses insgesamt benötigte Risikokapital wird dem vorhandenen Risikokapital gegenübergestellt. Zusätzlich werden verschiedene Kennziffern zur Kapitaladäquanz ausgewiesen. Als Berichtsperioden werden die Ist-Quartalsstichtage sowie der Planungszeitraum abgebildet. Des Weiteren erfolgt eine Darstellung des Maßnahmen-Controllings.

Insgesamt erlaubt die Risikoberichterstattung somit eine systematische und geordnete Weiterleitung risikorelevanter Informationen an die Entscheidungsträger und ist eine wesentliche Grundlage für die laufende Risikoüberwachung.

Berichterstattung zu ausgesuchten Risiken

Dienstleistungen unter anderem in den Bereichen Informationstechnologie, Rechnungswesen, Steuern, Schaden- und Kapitalanlagemanagement werden innerhalb der Generali Deutschland Gruppe durch die Generali Deutschland Holding AG sowie zentralisierte Dienstleistungsgesellschaften erbracht. Das Risikomanagement dieser Gesellschaften ist in das Risikomanagement der Gruppe integriert und umfasst das Management derjenigen Risiken, die mit der Erbringung der jeweiligen Dienstleistungen verbunden sind. Auf Basis von Risikoberichten an den Konzernrisikomanager und die Konzernunternehmen können Maßnahmen eingeleitet werden, die sicherstellen, dass im Rahmen der Dienstleistungserbringung keine wesentlichen Risiken entstehen.

Marktrisiken

Für Personenversicherer ist im aktuellen Kapitalmarktumfeld die Erwirtschaftung einer angemessenen Rendite bei Begrenzung der damit verbundenen Risiken sowie die Bedienung der gegebenen Garantien eine zentrale Herausforderung.

Um bei der aktuell gegebenen Zinsstruktur eine für uns und unsere Kunden attraktive Rendite zu erzielen, richtet sich unsere Kapitalanlagestrategie auf eine breite Streuung der Kapitalanlagen zur Nutzung von Diversifikationseffekten und Reduzierung des Risikos aus. Insgesamt sehen wir die Generali Deutschland Pensionskasse AG entsprechend positioniert, um mögliche negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu begrenzen.

Aktienkursrisiken

Die Generali Deutschland Pensionskasse AG ist bis auf einen geringen Dispositionsbestand für die in Fonds geführten Überschussbeteiligungen nicht in Aktien oder ähnlich riskanten Anlagen investiert.

Zinsänderungsrisiken

Während sich die wirtschaftliche Lage im Jahr 2010 deutlich stabilisierte, waren im Bereich der Staatsanleihen bei anstehenden Refinanzierungen teilweise deutliche Spreadausweitungen beobachtbar. Im Gleichklang hiermit bewegte sich die Rendite deutscher Staatsanleihen im Jahresverlauf auf Tiefstständen. Erst zum Jahresende hin erfolgte ein Anstieg der Zinsen.

Für unser Unternehmen bedeutete der Tiefststand in den Zinsen risikofreier Anlagen eine massive Belastung der Risikotragfähigkeit, ohne dass in den nächsten Jahren bestandsgefährdende Belastungen eintreten würden. Bei einem anhaltenden Niedrigzinsumfeld wird es in einigen Jahren zu dauerhaften Belastungen kommen, sofern bis dahin keine Gegensteuerungsmaßnahmen initiiert werden. Zur Reduzierung der Belastungen aus einem Niedrigzinsumfeld bestehen Zinsicherungsmaßnahmen.

Aufgrund der zum Jahresende wieder gestiegenen Zinsen im Bereich risikofreier Anlagemöglichkeiten kommt es insgesamt zu einer leichten Verbesserung der ökonomischen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, auch wenn die höheren Zinsen in den Bilanzen zunächst die Stillen Reserven im festverzinslichen Bereich reduziert haben.

Immobilienrisiken

Im Bereich der Immobilienanlagen verfolgen wir – wie in der Vergangenheit – eine defensive Strategie. Zur Nutzung von Diversifikationseffekten wurde in den letzten Jahren in indirekte Immobilieninvestments investiert, davon auch in Fremdwährungen.

Neue Anlagen erfolgten im Wesentlichen über den Abruf bereits bestehender Zusagen. Unsere Investments in den Immobilienmärkten werden wir auch perspektivisch gering halten und den Portfolioanteil nach unserer mittel- und langfristigen Markteinschätzung ausrichten.

Bei indirekten Anlagen kam es im Jahresverlauf teilweise zu Wertverlusten, welchen bilanziell Rechnung getragen wurde. Dennoch kann aufgrund der allgemein schlechten Immobilienlage in speziellen Anlagen nicht ausgeschlossen werden, dass es zu weiteren Belastungen im Jahr 2011 kommen kann, sodass die Renditeerwartungen reduziert werden müssen. Wir sehen aber gleichzeitig die Chance für eine Wertaufholung in bestimmten indirekten Investments.

Kreditrisiken

Spread-, Migrations- und Ausfallrisiken

Nachdem zum Jahresende 2009 die Credit Spreads für Unternehmensanleihen signifikant zurückgegangen waren, wirkten sich Zweifel an der nachhaltigen Kapitalstärke einzelner Staaten und die Verschlechterung von deren Ratings im Verlauf des Jahres 2010 negativ aus. Neben diesen Entwicklungen erhöhten sich die Credit Spreads für diese Staaten und die zu begebenden Refinanzierungen konnten nur zu deutlich erhöhten Konditionen platziert werden.

Im Gegensatz zu den Credit Spreads zeigten die tatsächlichen Ausfallraten keine Veränderungen, was insbesondere auf die Etablierung des EU-Rettungsschirms und die Bemühungen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen zurückzuführen ist. Als Gegenbewegung zu den Ausweitungen der Credit Spreads für Investments in einzelne Staaten reduzierte sich der risikofreie Zins im Jahresverlauf auf historische Tiefststände.

Insgesamt zeichnet sich unser Rentenportfolio durch eine konsequente Ausrichtung auf Schuldner hoher Bonität und Liquidität sowie eine breite Streuung aus. Dies führt zu einem im Vergleich zur Branche überdurchschnittlichen Anteil an Staatsanleihen im Wesentlichen hoher Bonität, deutschen Pfandbriefen und Ausleihungen an Banken, die aufgrund des Emissionsdatums unter die Gewährträgerhaftung fallen, aber auch zu Investments in Staaten, deren Credit Spreads sich im Jahr 2010 deutlich ausgeweitet haben. Aufgrund der Fälligkeitsstruktur der von uns gehaltenen Papiere in Staatsanleihen mit deutlicher Ausweitung der Credit Spreads in Verbindung mit dem Schutz durch den EU-Rettungsschirm und den aktuellen Bemühungen um eine langfristige Stabilisierung der Staatsfinanzierung halten wir die Credit Spread-Ausweitung für eine vorübergehende Überzeichnung, sodass wir das Spreadrisiko nachhaltig als untergeordnet und auch einen Kreditausfall als extrem unwahrscheinlich erachten. Basierend auf diesen Einschätzungen erfolgen keine Wertkorrekturen im Bereich dieser Investments im Anlagevermögen.

Aufgrund des Umfangs dieser Investments in Höhe von 7,0% (davon Irland 0,2%; davon Griechenland 1,4%, durchschnittlich fällig in 2016), bei 1,0% Stillen Lasten bezogen auf unsere Kapitalanlagen sehen wir – Extremszenarien ausgeschlossen – keine nachhaltige Belastung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Sollte es bei griechischen Staatsanleihen zu einem sogenannten „haircut“, das heißt zu einem partiellen Forderungsverzicht kommen, so würden daraus entsprechende Abschläge resultieren. Selbst bei einer deutlichen Ausweitung der Credit Spreads, bedingt durch Ratingverschlechterungen oder einer Vergrößerung der Marktnervosität in diesen Investments bis hin zum Eintritt eines Kreditevents, sehen wir keine Bestandsgefährdung für unser Unternehmen.

Neben dem Ausfallrisiko in den oben aufgeführten Investments sehen wir aufgrund der aktuell sehr positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen deutliche Entlastungen bezüglich der Wahrscheinlichkeit negativer Ratingveränderungen sowie der Ausfallwahrscheinlichkeiten innerhalb der Ratingklassen speziell für Unternehmensanleihen, deren Anteil am Portfolio unter Risiko-Rendite-Gesichtspunkten in der Vergangenheit sukzessive erhöht wurde.

Selbst ein Wiederanstieg der Credit Spreads oder zukünftig wieder ansteigende Ausfallraten stellen – Extremszenarien ausgeschlossen – keine Gefährdung der Risikotragfähigkeit der Generali Deutschland Pensionskasse AG dar.

Währungsrisiken

Im Rahmen unserer Kapitalanlagetätigkeit als Versicherer legen wir nicht ausschließlich in Euro an, sondern sind in sehr geringem Umfang über indirekte Anlagen auch in Fremdwährungen, beispielsweise in britischen Pfund, investiert, wobei bestimmte Positionen vor Verlusten aus Wechselkursschwankungen abgesichert sind.

Insgesamt ist unsere Fremdwährungsexponierung von vernachlässigbarer Größe und wird zudem aktiv überwacht, sodass hieraus keine materielle Risikoposition resultiert.

Durch die von uns verfolgte Kapitalanlagepolitik sowie gestützt auf die Ergebnisse unserer Internen Modelle und des Standardmodells sehen wir zusammenfassend derzeit keine Kapitalanlagerisiken, welche die Risikotragfähigkeit in bestandsgefährdender Art und Weise beeinträchtigen würden, wenngleich bei Eintritt negativer Entwicklungen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Generali Deutschland Pensionskasse AG und der gesamten Generali Deutschland Gruppe nicht ausgeschlossen werden können.

Konzentrationsrisiken

Als Versicherungs- und Finanzdienstleistungskonzern exponiert sich die Generali Deutschland Gruppe in vielfältigen Bereichen der Kapitalanlage, der Übernahme von Risiken von unseren Kunden sowie im Bereich der abgegebenen Rückversicherung. Aufbauend auf unserem Geschäftsmodell treten wir als Erstversicherungsunternehmen mit einer konsequenten Ausrichtung auf Privatkunden sowie kleine und mittlere Unternehmen auf. Aufgrund dessen und durch den aktiven Verzicht auf Industrierisiken bestehen in der Versicherungstechnik keine Konzentrationen in den übernommenen Risiken. Durch ein entsprechend großes und diversifiziertes Portfolio existieren keine erhöhten Exponierungen gegenüber einzelnen Kunden im Vergleich zum Kollektiv. Die für die Gruppe erforderliche Rückversicherung wird bei mehreren Marktteilnehmern mit jeweils vergleichbarem prozentualen Anteil eingekauft, sodass Konzentrationsrisiken nur in akzeptablem Maße existieren.

Im aktivseitigen Geschäft beachten wir die Grundsätze der Mischung und Streuung sowie die Einzellimite in unserem Unternehmen. Aufgrund des Umfangs unserer Kapitalanlagetätigkeit sind dennoch gegenüber bestimmten Branchen größervolumige Exposures nicht vermeidbar. Traditionell haben Versicherungsunternehmen Teile ihrer Kapitalanlagen bei Banken investiert. So ist die Generali Deutschland Gruppe gegenüber Banken und Finanzdienstleistungsunternehmen branchenüblich exponiert. Anhand regelmäßiger Auswertungen überprüfen wir diese Exponierung und berichten hierüber.

So liegt der Anteil der berichtspflichtigen Exposures der Generali Deutschland Pensionskasse AG gemäß § 104i Versicherungsaufsichtsgesetz in Einzeladressen bei ca. 45% der Kapitalanlagen. Hiervon sind ca. 70% AAA geratet bei einer insgesamt hervorragenden Ratingstruktur. Gleichzeitig besteht der größte Teil dieser Positionen aus Pfandbriefen mit gesonderter Deckungsmasse.

Insgesamt halten wir unsere Exponierung für risikoadäquat und sehen keinen Bedarf zur Reduzierung der Exposures. Auch die von uns angewendeten Risikokapitalmodelle zeigen keine wesentlichen Konzentrationsrisiken in den Kapitalanlagen.

Liquiditätsrisiken

Dem Liquiditätsrisiko begegnen wir durch eine konzernweite unterjährige sowie mehrjährige Liquiditätsplanung. Ziel unserer Liquiditätsplanung ist es, die vorhandene Liquidität an den Verpflichtungen unseres Unternehmens auszurichten, um die jederzeitige und uneingeschränkte Zahlungsfähigkeit zu garantieren und gleichzeitig eine überhöhte Liquiditätshaltung zu vermeiden. Die Zahlungsverpflichtungen werden dabei aus den bekannten Verpflichtungen aus den

Versicherungsverträgen sowie aus typischen Abwicklungsmustern der Rückstellungen unter Berücksichtigung eines Sicherheitsaufschlags – zum Beispiel für steigende Zinsen – abgeleitet, um so die Fälligkeitsstruktur der Kapitalanlagen und die Geldmittel an den Liquiditätsbedarfen auszurichten.

Obwohl wir als Privatkunden- und Erstversicherer eine hohe Prognostizierbarkeit der zukünftigen Schadenzahlungen haben, können diese bezüglich Höhe und Zeitpunkt nicht mit Sicherheit vorhergesagt werden. Um mögliche Schwankungen dieser prognostizierten Zahlungen jederzeit und in voller Höhe bedienen zu können, haben wir unsere Kapitalanlagen konservativ mit dem Fokus auf hohe und höchste Liquidität sowie Qualität ausgerichtet, welche im Bedarfsfall schnell und typischerweise ohne Verluste liquidiert werden können. Hierdurch ist eine jederzeitige Liquidität hinreichender Volumina gegeben.

Segmentspezifische Risiken

Im Risikomanagementsystem unseres Unternehmens nehmen insbesondere die segmentspezifischen Risiken eine besondere Stellung ein. Neben der laufenden Überprüfung von Risikoverläufen und Rechnungsgrundlagen für die Berechnung der Beiträge und der versicherungstechnischen Rückstellungen existieren umfassende gesetzliche Vorgaben sowie Zeichnungsrichtlinien. Die Aktuarate gewährleisten die sachgerechte Tarifierung der Produkte sowie die Bildung angemessener versicherungstechnischer Rückstellungen. Trotz der risiko- adäquaten Steuerung des Geschäfts können weitere Risiken auftreten, die erkannt und begrenzt werden müssen. Darunter fallen unter anderem Konzentrationsrisiken sowie Risiken aus Kumulereignissen und Katastrophenschäden, die teilweise über das Kollektiv ausgeglichen werden können und darüber hinaus durch Rückversicherung (ausschließlich bei Rückversicherern hoher Bonität) abgedeckt werden.

Segmentspezifische Risiken in der Rentenversicherung

Das segmentspezifische Risiko für die Rentenversicherung setzt sich aus dem biometrischen Risiko, dem Kostenrisiko und dem Stornorisiko zusammen.

Wir prüfen regelmäßig die Stornoentwicklung des Versicherungsbestands. Durch eine Zunahme von Unternehmensinsolvenzen könnte es zu vermehrten Abgängen kommen. Wir erwarten jedoch keine besonderen Liquiditätsrisiken aus einem veränderten Stornoverhalten, da mit der gesamtwirtschaftlichen Erholung auch die Zahl der Unternehmensinsolvenzen rückläufig ist.

Innerhalb der Rentenversicherung sind die meisten Produkte mit einer Garantie ausgestattet. Bei traditionellen Rentenversicherungen ist das bisher angesammelte Vermögen garantiert. So hat bei diesen Produkten der Kunde durch die Finanzmarktkrise keine Einbußen auf sein beim Lebens- beziehungsweise Rentenversicherer angesammeltes Vermögen verzeichnen müssen.

Falls die angelaufene Konjunktur 2011 wieder abflaut, besteht das Risiko, dass die Bevölkerung langfristige Engagements wie Abschlüsse von Rentenversicherungen weiterhin aufschiebt und insbesondere das Neugeschäft gegen laufenden Beitrag 2011 weiterhin schwach bleibt.

Die biometrischen Risiken in der Rentenversicherung bestehen aus dem Langlebighkeitsrisiko und Invaliditätsrisiko. Es kann eine andere Sterblichkeit als erwartet auftreten. Ebenso kann die Anzahl der Berufs- beziehungsweise Erwerbsunfähigen (Invaliditätsrisiko) die Annahmen übersteigen. Die Sicherheitsmargen, die wir im Rahmen der biometrischen Rechnungsgrundlagen zur Ermittlung von Rückstellungen verwenden, sind nach Einschätzung des Verantwortlichen Aktuars angemessen und ausreichend.

Das Kostenrisiko besteht darin, dass die eingerechneten Abschluss- und Verwaltungskosten die entstehenden Kosten nicht decken. Die mit Sicherheitszuschlägen eingerechneten Kosten sind nach Einschätzung des Verantwortlichen Aktuars angemessen und ausreichend.

Darüber hinaus wird im Rahmen der Gewinnzerlegung regelmäßig für den gesamten Bestand die aktuelle Auskömmlichkeit der Kosten- und biometrischen Annahmen überprüft.

Sonstige Risiken

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken, die als unvermeidlicher Bestandteil der täglichen Geschäftstätigkeit in ihrer Gesamtheit ein nicht zu unterschätzendes Verlustpotenzial für ein Unternehmen bergen können, bedürfen einer unternehmensweiten und konsistenten Steuerung. Da sich operationelle Risiken nur bedingt mit Hilfe rein quantitativer Methoden erfassen und risikogerecht mit Kapital unterlegen lassen, steuern und begrenzen wir diese Risiken durch unser integriertes Internes Kontrollsystem (IKS). Derzeit wird dieses Instrumentarium durch umfangreiche, konzernweite Projektarbeiten optimiert und weiterentwickelt. Neben der systematischen Dokumentation risikobehafteter Geschäftsprozesse umfasst dies insbesondere die Identifikation und Bewertung operationeller Risiken sowie der eingesetzten Kontrollmaßnahmen.

Schwerwiegende Ereignisse (Ausfall von Gebäuden, Ausfall von Mitarbeitern bei den dienstleistenden Konzernunternehmen etc.) können wesentliche operative Geschäftsprozesse gefährden. Das Gefährdungspotenzial dieses Risikos ist als hoch einzustufen, da neben den vordergründigen quantitativen Aspekten insbesondere die Reputation des Unternehmens gefährdet werden könnte. Um diesem Risiko zu begegnen, wurde ein Gesamtkonzept „Notfallplanung“ erarbeitet und etabliert, welches aus den drei Teilsegmenten „Notfallmanagement“, „Krisenmanagement“ und „Business Continuity Management“ (BCM) besteht, die ganzheitlich ineinander greifen. Durch das Gesamtkonzept ist nach Auftreten eines schwerwiegenden Ereignisses eine durchgängige Behandlung durch die drei Teilsegmente in chronologischer Reihenfolge gewährleistet. Das Notfallmanagement ist für die Einleitung und Durchführung von Sofortmaßnahmen (Alarmierung, Evakuierung etc.) nach dem Eintreten eines solchen Ereignisses verantwortlich. Im Krisenmanagement erarbeitet ein außerordentliches Organisationsgremium eine Strategie zur Bewältigung der Krise. Der sogenannte Krisenstab kann sich hierbei auch des Konzepts und der Strategien des BCM bedienen. Im Rahmen des BCM werden zur Bewältigung der Krise unter anderem die aus der Business-Impact-Analyse abgeleiteten BCM-Konzepte und Strategien aktiviert und in die jeweilige Organisationseinheit zur Umsetzung gegeben. Ziel hierbei ist, die wichtigsten Unternehmensprozesse und -systeme aufrechtzuerhalten beziehungsweise wiederherzustellen.

Sicherheit im IT-Bereich

Die Aufgaben der Generali Deutschland Pensionskasse AG sowie der Generali Deutschland Gruppe im Bereich IT sind bei der Generali Deutschland Informatik Services GmbH (GDIS) gebündelt. Durch die Einbindung der GDIS in das Risikomanagementsystem verfügt die Generali Deutschland Gruppe über effiziente Instrumente, IT-Risiken konzernweit zu erkennen und zu steuern. Zur Sicherung der größtmöglichen Verfügbarkeit der Hard- und Softwaresysteme im Rechenzentrum der GDIS sowie zur IT-Sicherheit und zum Schutz der Daten aller Konzernunternehmen werden fortlaufend Maßnahmen ergriffen.

Die eingesetzten Verfahren, beispielsweise zum Schutz vor Computerviren, verhinderten auch im Geschäftsjahr 2010 nennenswerte Störungen.

Die GDIS kann mit den getroffenen technischen und organisatorischen Vorsorgemaßnahmen den IT-Betrieb in der Generali Deutschland Gruppe jederzeit sicherstellen.

Betrugsrisiken

Wie alle Wirtschaftsunternehmen unterliegt die Generali Deutschland Pensionskasse AG der Gefahr, durch interne sowie externe wirtschaftskriminelle Handlungen Vermögens- beziehungsweise Reputationsverluste zu erleiden. Um einer nachhaltigen Schädigung der Konzernunternehmen entgegenzuwirken, verbessert die Generali Deutschland Gruppe ihr Internes Kontrollsystem kontinuierlich unternehmensübergreifend, wodurch der professionellen Prävention und Aufklärung von betrügerischen Handlungen Rechnung getragen wird. Zudem hat die Generali

Deutschland Gruppe in 2010 einen Arbeitskreis „External Fraud“ etabliert, der sich zum Ziel gesetzt hat, ein einheitliches Sicherheitskonzept für die Gruppe zu entwickeln und einen spartenübergreifenden Informations- und Know-how-Transfer in Bezug auf Betrug durch Externe permanent sicherzustellen.

Rechtliche Risiken

Gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorgaben sowie Entscheidungen der Gerichte können erhebliche Auswirkungen auf die Generali Deutschland Pensionskasse AG haben.

Verbandsklage gegen Versicherungsbedingungen Leben

Ende 2007 hat die Verbraucherzentrale Hamburg Klage gegen vier Lebensversicherer vor dem Landgericht Hamburg erhoben. Die Klage richtet sich wegen angeblicher Intransparenz der Versicherungsbedingungen insbesondere gegen den Stornoabzug und gegen die Höhe des Rückkaufswertes bei Kündigungen. In der Berufungsinanz hat das Hanseatische Oberlandesgericht am 27. Juli 2010 die Unwirksamkeit der betreffenden Klauseln bestätigt. Gegen dieses Urteil wurde beim Bundesgerichtshof Revision eingelegt.

Reputationsrisiken

Unternehmensratings

Für unser Unternehmen sind in der Kundenkommunikation auch gute Unternehmensratings wichtige Instrumente zur Differenzierung. Wesentliches Ziel ist der Nachweis der Solidität und Stärke unseres Unternehmens. Wesentliche Basis für gute Ratingergebnisse stellt das Risikomanagement dar. Die Risikoexposition der Generali Deutschland Pensionskasse AG ist grundsätzlich konservativ ausgerichtet, sodass bei den Unternehmensratings Einstufungen auf hohem Niveau erreicht werden. Durch gute Ratingergebnisse können wir die Kundenansprache verbessern und so den Kundenerstkontakt sowie die Kundenbindung fördern.

Kundenkommunikation

Um die Kundenkommunikation über unsere Internetauftritte, Telefonie und weiteren Kanäle jederzeit zu gewährleisten, haben wir umfangreiche Sicherungen implementiert, welche regelmäßig getestet werden. Gleichzeitig wurden umfangreiche Konzepte etabliert, die auch bei Ausfall eines Systems sicherstellen, dass die Kommunikation mit unseren Kunden schnellstmöglich wiederhergestellt werden kann. Die Weiterentwicklung der Online-Angebote stellt für unser Unternehmen sicher, dass wir professionell und effizient mit unseren Kunden kommunizieren können. Wir richten uns mit unseren Kommunikationskanälen aktiv an den Bedürfnissen unserer Kunden und Vertriebspartner aus.

Strategische und allgemeine Geschäftsrisiken

Geschäftsmodell Leben

Im Bereich der Lebensversicherung steht die Versicherungsbranche aktuell aufgrund der deutlich veränderten Rahmenbedingungen vor signifikanten Herausforderungen, die nachhaltigen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung und auf das Geschäftsmodell haben können.

Bereits im Zusammenhang mit den Marktrisiken wurde die Zinssituation für risikofreie Anlagen thematisiert, die im Bestandsgeschäft eine Herausforderung bezüglich der Bedienung der Garantien bedeutet, falls sich das Zinsumfeld langfristig nicht positiv entwickelt.

Insgesamt bieten sich der Generali Deutschland Pensionskasse AG aufgrund des geringen Neugeschäftes wenige Möglichkeiten, mithilfe des Neugeschäftes die Zusammensetzung des Rohüberschusses deutlich zu verändern. Gleichzeitig kann aber über niedrige Abschlusskosten und effizienzsteigernde Maßnahmen die Zusammensetzung des Rohüberschusses verbessert werden.

Solvabilitätsanforderungen

Die Eigenmittelausstattung unserer Gesellschaft – die sogenannte Solvabilität – beträgt 135,4%. Es wurden vorhandene Eigenmittel in Höhe von 48,1 Mio. € berücksichtigt. Bewertungsreserven fließen in die Berechnung nicht ein. Die Generali Deutschland Gruppe wird von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) nicht mehr als Finanzkonglomerat eingestuft und ist somit von der Finanzkonglomerateaufsicht befreit. Demzufolge müssen seit 2008 keine Nachweisungen der Finanzkonglomerate-Solvabilitäts-Verordnung mehr berechnet und der BaFin eingereicht werden. In der Generali Deutschland Gruppe wird jedoch weiterhin eine freiwillige Solvabilitätsberechnung auf Konglomeratebene berechnet und der BaFin eingereicht.

Somit müssen wir auch zukünftig keinen Abzug von:

- a) Beteiligungen an Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen sowie
- b) Forderungen aus Genussrechten und Nachrangdarlehen gegenüber den unter a) genannten Unternehmen in der Solvabilitätsberechnung vornehmen.

Die Kapitalausstattung ist dem Geschäftszweck und der Risikolage angemessen.

Ausblick und Weiterentwicklung des Risikomanagements

Nach der vollständigen Umsetzung der Anforderungen aus der 9. VAG Novelle und der MaRisk VA stehen die konsequente Ausrichtung auf die Wertschöpfung und die Anforderungen unter Solvency II im Vordergrund der Weiterentwicklung des Risikomanagements in der Generali Deutschland Gruppe. Hierbei sind neben der regelmäßigen Berechnung der Solvenzquote gemäß Internem Modell und Standardmodell sowie Berichterstattung über die Solvenzsituation unter dem neuen Solvenzregime die Vorbereitung auf Governance Themen sowie die zukünftigen Berichterstattungspflichten Tätigkeitsschwerpunkte. Die Analyse und vorgehende Ausrichtung auf die Anforderungen aus dem „Own Risk and Solvency Assessment“ (ORSA) wurden gruppenweit gestartet. Somit richtet sich die Generali Deutschland Gruppe zielorientiert und prospektiv auf zukünftige Anforderungen aus.

Insgesamt zeichnet sich aktuell keine Entwicklung ab, welche die Risikotragfähigkeit in bestandsgefährdender Art und Weise nachhaltig beeinträchtigen würde, wenngleich die Finanzmarktkrise und ihre Auswirkungen die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Generali Deutschland Pensionskasse AG negativ beeinflusst hatten. Die Verbesserung des gesamtwirtschaftlichen Umfelds und die Entspannung der Zinssituation haben die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Generali Deutschland Pensionskasse AG verbessert.

Ausblick

Gesamtwirtschaftliche Erwartungen für 2011 und 2012

Auch in den Jahren 2011 und 2012 wird sich die Erholung der Weltwirtschaft nach unserer Einschätzung weiter fortsetzen. Sie sollte aber etwas an Dynamik verlieren. So wird in den Industrieländern die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen das Wachstum verringern. Auch in den Schwellenländern Asiens sollten sich die derzeit sehr hohen Wachstumsraten etwas normalisieren.

Gleichwohl sind die Voraussetzungen für eine moderate weitere Erholung über das laufende Jahr hinaus insgesamt gut. Die Geldpolitik in Europa und in den USA sollte 2011 mit anhaltend niedrigen Zinsen den Aufschwung weiter unterstützen. In den Kernländern des Euro-Raums (insbesondere auch Deutschland) wird der im vergangenen Jahr noch weitgehend vom Export getragene Aufschwung zunehmend die Binnennachfrage erfassen und die wirtschaftliche Erholung so verstetigen. Durch das etwas moderatere, aber weiterhin starke Wachstum in den Schwellenländern Asiens sollte zugleich die Exportnachfrage gestützt werden. In den USA hat die Verlängerung von Steuernachlässen den Wachstumsausblick etwas aufgeheitert.

Die Inflation im Euro-Raum und in den USA wird unserer Einschätzung nach auch im Jahr 2011 niedrig bleiben. Lediglich von gestiegenen Lebensmittel- und Rohstoffpreisen gehen moderate Inflationsrisiken aus. Im Zuge einer weiteren wirtschaftlichen Erholung sollten sich die Inflationsraten unserer Ansicht nach bis 2012 von ihren derzeit sehr niedrigen Werten wieder normalisiert haben.

Die Europäische Zentralbank (EZB) dürfte den langsamen Ausstieg aus ihren unkonventionellen Maßnahmen fortsetzen. Insbesondere dürfte sie die Liquiditätszuschüsse an den Bankensektor weiter reduzieren. Mit ersten Zinsstraffungen rechnen wir jedoch nicht vor Ende 2011. In den USA werden erste Zinserhöhungen voraussichtlich sogar erst im Jahr 2012 erfolgen.

Entwicklung an den Finanzmärkten

Der Ausblick für die internationalen Aktienmärkte bleibt auch für die Jahre 2011 und 2012 günstig. Die Bewertungsrelationen signalisieren weiterhin keine Übertreibungen. Zudem sollten mit einer Verstetigung des Wachstums die Sorgen vor einem Rückfall in eine Rezession zurückgehen. Dies sollte die Gewinnerwartungen untermauern und zugleich die Zurückhaltung gegenüber Aktien weiter verringern.

Die Staatsschuldenkrise im Euro-Raum wird weiterhin für Unsicherheit an den Finanzmärkten sorgen. Wir gehen davon aus, dass die strikte Einhaltung des Konsolidierungskurses, die fortgesetzte Unterstützung aus den Hilfsfonds der Europäischen Union (EU) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie eine verbesserte Koordinierung und Überwachung der Wirtschaftspolitik in den Mitgliedsstaaten der Währungsunion zu einer allmählichen Stabilisierung der Schuldenkrise führen. Gleichwohl dürfte dieser Prozess weiter für Marktschwankungen sorgen. Zugleich bleibt das Risiko einer Eskalation der Staatsschuldenkrise.

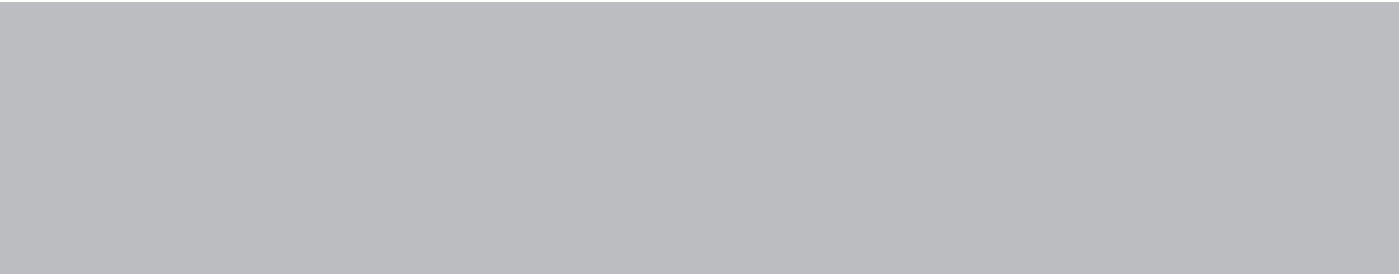
In den kommenden zwei Jahren ist für deutsche Staatsanleihen mit unterdurchschnittlichen Erträgen zu rechnen. Die immer noch geringe Rendite dürfte zu einem gewissen Teil durch Kursverluste aufgezehrt werden.

Versicherungswirtschaft rechnet mit rückläufigen Beitragseinnahmen

Das Wachstumstempo der Pensionskassen hat nach Jahren einer überaus starken Expansion inzwischen deutlich nachgelassen. Dies liegt insbesondere daran, dass sie hinsichtlich der steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Behandlung der Beiträge seit 2005 in Konkurrenz zur seither wieder stärker nachgefragten Direktversicherung der Lebensversicherer stehen. Trotz einer sich für das kommende Jahr abzeichnenden konjunkturellen Belebung der Wirtschaft, bleiben die Menschen zurückhaltend beim Abschluss langfristiger Vorsorgeverträge, was sich voraussichtlich auch in der Geschäftsentwicklung im Bereich der betrieblichen Altersversorgung in 2011 niederschlagen wird. Dagegen dürfte der sich am Arbeitsmarkt abzeichnende Fachkräftemangel die Bereitschaft vieler Unternehmen steigern, die betriebliche Altersversorgung als personalpolitisches Instrument zur Stärkung der eigenen Wettbewerbssituation einzusetzen. Hieraus könnten sich mittelfristig Wachstumsimpulse bei der arbeitgeberfinanzierten betrieblichen Altersversorgung einstellen. Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft erwartet dennoch bei der Lebensversicherung insgesamt (inkl. Pensionskassen und Pensionsfonds) einen spürbaren Rückgang der Beitragseinnahmen gegenüber dem Vorjahr.

Die Generali Deutschland Pensionskasse rechnet in den nächsten beiden Geschäftsjahren mit einem weiteren Rückgang der Beitragseinnahmen. Dies resultiert aus der Annahme, dass das Neugeschäft nach laufenden Jahresbeiträgen weiterhin deutlich geringer ausfällt als die Abgänge und somit der Bestand weiter schrumpft.

Insgesamt erwarten wir für die nächsten zwei Jahre jeweils einen Jahresüberschuss leicht unter dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres 2010.



_____ Anlage zum Lagebericht

In der Berichtszeit betriebene Versicherungsarten

Selbst abgeschlossenes Geschäft

1. Renten- und Pensionsversicherung als Einzel- und Kollektivversicherung

Sofort beginnende Leibrente auf ein Leben

Aufgeschobene Rente mit und ohne Kapitalleistung bei Tod

Aufgeschobene Rente mit Hinterbliebenenversorgung

2. Zusatzversicherung

Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung

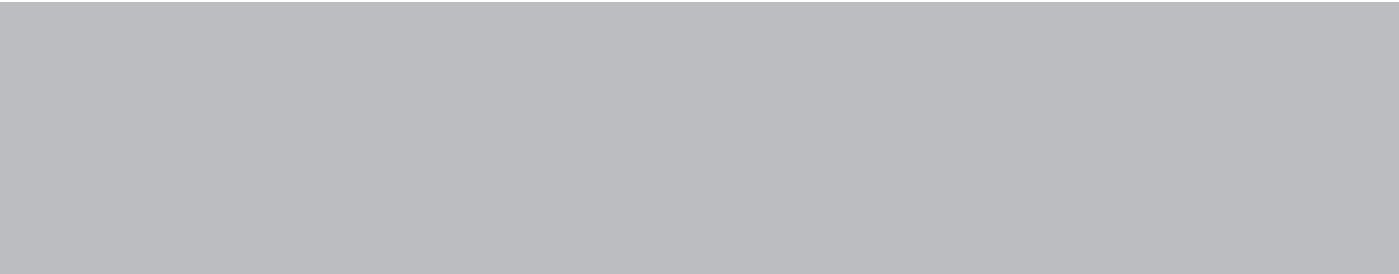
Zu den aufgeschobenen Rentenversicherungen kann die automatische Rentenanpassung nach dem Rentenaufbauplan vereinbart werden.

**A. Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen)
im Geschäftsjahr 2010**

	Anwärter		Invaliden- und Altersrenten		Summe der Jahresrenten Tsd. €
	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	106.438	74.507	54	22	41
II. Zugang während des Geschäftsjahres					
1. Neuzugang	1.200	1.130	46	30	55
2. sonstiger Zugang	11	6	0	0	0
3. gesamter Zugang	1.211	1.136	46	30	55
III. Abgang während des Geschäftsjahres					
1. Tod	157	68	0	0	0
2. Beginn der Altersrente	46	30	0	0	0
3. Ausscheiden mit Rückkaufswert	1.444	1.002	0	0	0
4. sonstiger Abgang	4	0	0	0	0
5. gesamter Abgang	1.651	1.100	0	0	0
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	105.998	74.543	100	52	96
1. beitragsfreie Anwartschaften	35.405	25.701	-	-	-
2. in Rückdeckung gegeben	104.117	72.260	-	-	-

B. Bestand an Zusatzversicherungen

	Sonstige Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe Tsd. €
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres 2010	30.457	772.994
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres 2010	28.905	722.992
davon in Rückdeckung gegeben	336	9.062



_____ Jahresabschluss 2010

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010

Aktiva	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €	31.12.2009 Tsd. €
A. Kapitalanlagen					
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
Ausleihungen an verbundene Unternehmen		20.000			20.000
			20.000		20.000
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		243.223			37.288
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		400.500			448.862
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	115.176				123.786
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	216.000				216.000
c) übrige Ausleihungen	478				368
			331.654		340.153
4. Einlagen bei Kreditinstituten		28.700			6.300
			1.004.078		832.603
				1.024.078	852.603
B. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice				11.109	7.782
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft					
1. Versicherungsnehmer					
a) fällige Ansprüche	4.725				7.059
b) noch nicht fällige Ansprüche	6.633				6.336
			11.358		13.394
2. Versicherungsvermittler		79			211
			11.437		13.606
II. Sonstige Forderungen			233		219
davon an:					
verbundene Unternehmen 4 Tsd. € (Vj. 0 Tsd. €)					
				11.670	13.825
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		1.121			1.176
II. Andere Vermögensgegenstände		2.749			1.190
				3.871	2.366
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			16.396		16.773
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			166		222
				16.562	16.995
Summe Aktiva				1.067.289	893.572

Ich bestätige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Aachen, 25. Januar 2011

Treuhänder für das Sicherungsvermögen
Dr. Linden

Passiva				31.12.2010	31.12.2009
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital			7.500		7.500
II. Kapitalrücklage			15.371		15.371
III. Gewinnrücklagen					
Andere Gewinnrücklagen		845			845
			845		845
IV. Jahresüberschuss			1.651		1.346
				25.367	25.062
B. Versicherungstechnische Rückstellungen					
I. Beitragsüberträge					
1. Bruttobetrag		3.009			3.152
2. davon ab:					
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		-44.450			-47.917
			-41.441		-44.766
II. Deckungsrückstellung					
1. Bruttobetrag		976.738			816.635
2. davon ab:					
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		-506.557			-423.762
			470.181		392.874
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle					
1. Bruttobetrag		4.654			3.670
			4.654		3.670
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrück- erstattung					
1. Bruttobetrag		30.085			20.780
			30.085		20.780
				463.478	372.557
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird					
I. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen					
1. Bruttobetrag		11.109			7.782
			11.109		7.782
				11.109	7.782
Zwischensumme				499.954	405.402

Passiva				31.12.2010	31.12.2009
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Übertrag				499.954	405.402
D. Andere Rückstellungen					
I. Steuerrückstellungen			786		181
II. Sonstige Rückstellungen			109		146
				895	326
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft				551.007	471.679
davon gegenüber:					
verbundenen Unternehmen 551.007 Tsd. € (Vj. 471.679 Tsd. €)					
F. Andere Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft					
davon gegenüber:					
verbundenen Unternehmen 596 Tsd. € (Vj. 626 Tsd. €)					
1. Versicherungsnehmern		8.149			5.966
2. Versicherungsvermittlern		2.528			2.641
			10.677		8.608
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft			2.006		2.723
davon gegenüber:					
verbundenen Unternehmen 2.006 Tsd. € (Vj. 2.723 Tsd. €)					
III. Sonstige Verbindlichkeiten			1.402		3.278
davon gegenüber:					
verbundenen Unternehmen 28 Tsd. € (Vj. 34 Tsd. €)					
				14.085	14.608
G. Rechnungsabgrenzungsposten				1.349	1.557
Summe Passiva				1.067.289	893.572

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 11c in Verbindung mit § 118b Abs. 5 Satz 2 des Versicherungsaufsichtsgesetzes ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 22.07.2010 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Aachen, 25. Januar 2011

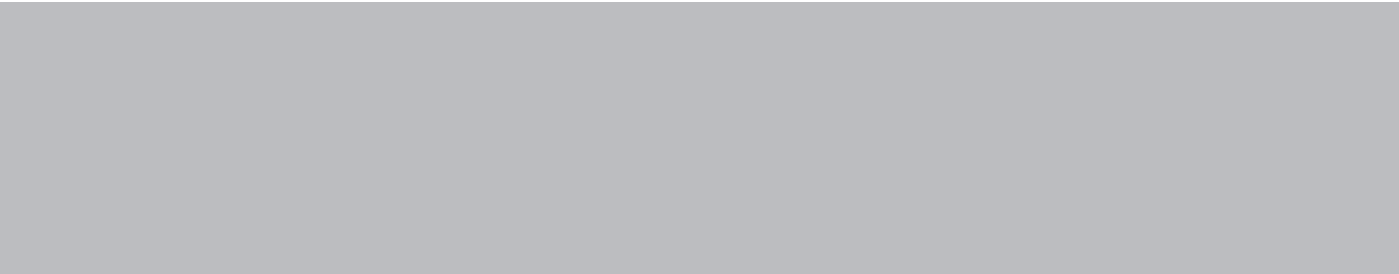
Verantwortlicher Aktuar
Heise

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

	Tsd. €	Tsd. €	2010 Tsd. €	2009 Tsd. €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	169.074			179.238
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-78.089			-83.943
		90.985		95.294
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	143			309
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	-3.468			-3.962
		-3.324		-3.653
			87.660	91.641
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			3.346	2.782
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	37.563			33.651
		37.563		33.651
b) Erträge aus Zuschreibungen		1		62
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		4.695		3.316
			42.259	37.028
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			786	1.275
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			708	1.400
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	16.612			14.761
bb) Anteil der Rückversicherer	-8.162			-6.573
		8.450		8.187
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	984			1.738
		984		1.738
			9.434	9.925
Zwischensumme			125.325	124.201

	Tsd. €	Tsd. €	2010 Tsd. €	2009 Tsd. €
Übertrag			125.325	124.201
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	160.103			167.096
bb) Anteil der Rückversicherer	-82.795			-87.510
		77.307		79.585
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		3.327		3.512
			80.634	83.098
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			14.855	12.111
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	4.579			5.402
b) Verwaltungsaufwendungen	8.894			9.482
		13.473		14.884
c) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		-4.802		-4.475
			8.672	10.410
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		497		306
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		397		427
davon: außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 277 Abs. 3 Satz 1 HGB 33 Tsd. € (Vj. 427 Tsd. €)				
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		793		2.156
			1.687	2.889
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			12	0
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			16.681	13.761
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			2.785	1.932
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		61		46
2. Sonstige Aufwendungen		588		403
			-527	-357
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			2.258	1.575
4. Außerordentliche Erträge		0		2
5. Außerordentliche Aufwendungen		2		0
6. Außerordentliches Ergebnis			-2	2
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		605		231
			605	231
8. Jahresüberschuss			1.651	1.346



_____ Anhang

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden

Maßgebliche Rechtsvorschriften

Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010 wurden nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB), des Aktiengesetzes (AktG), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) erstellt.

Auf eine Anpassung der Vorjahresbeträge wegen der Umstellung auf das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz wurde aufgrund des Wahlrechts des Art. 67 Abs. 8 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) verzichtet.

Bilanzwertermittlung Aktiva

Ausleihungen an verbundene Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Ausleihungen an verbundene Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, wurden gem. § 341c HGB mit dem Nennwert bewertet.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, wurden gem. § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 3 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet. Zur Feststellung, ob eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung der betreffenden Vermögensgegenstände vorliegt und somit eine außerplanmäßige Abschreibung nach § 253 Abs. 3 S. 3 HGB vorzunehmen war, wurden zunächst die Zeitwerte der letzten sechs Monate herangezogen. Eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung ist gegeben, wenn der Zeitwert der einzelnen Titel in diesem Zeitraum durchgehend weniger als 80% des Buchwertes zum Bewertungsstichtag betrug. Anteile an Investmentfonds wurden dabei grundsätzlich als eigenständige Bewertungsobjekte betrachtet. Bei reinen Rentenfonds wurden zur Feststellung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung die im Fonds enthaltenen Rentenpapiere auf ihre Bonität hin überprüft. Bei gemischten Fonds wurde auf die im Fonds enthaltenen Wertpapiere abgestellt. Sofern nach den obigen Kriterien eine Abschreibung erforderlich war, wurde grundsätzlich auf den Kurswert zum 31. Dezember 2010 abgeschrieben.

Zuschreibungen bis maximal zu den Anschaffungskosten im Anlagevermögen erfolgten dann, wenn der Grund für die dauerhafte Wertminderung weggefallen war. Dies war der Fall, wenn der niedrigste Zeitwert der vorausgegangenen sechs Monate um 20% über dem Buchwert oder den Anschaffungskosten lag.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, wurden gem. § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 3 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet. Zur Feststellung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung wurden die Papiere gem. § 253 Abs. 3 S. 3 HGB auf ihre Bonität hin überprüft. Bei Investitionen in Anleihen von Staaten des Euroraums, die bei der Begebung von Refinanzierungsmitteln mit erhöhten Risikoaufschlägen rechnen müssen, wurde bei der Bonitätseinschätzung die Bildung eines europäischen

Rettungsschirms berücksichtigt. Bei über pari erworbenen Wertpapieren wurden rein zinsinduzierte Kursverluste auf den höheren Wert aus Marktwert oder Nennwert abgeschrieben.

Zum Ende des Geschäftsjahres wurden Wertpapiere in Höhe von 610,1 Mio. € dem Anlagevermögen zugeordnet. Diese Papiere dienen dauerhaft dem Geschäftsbetrieb. Die Bewertung dieser Papiere erfolgte nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften gem. § 341b Abs. 2 HGB i.V.m § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 3 HGB. Die durch diese Bewertungen vermiedenen Abschreibungen beliefen sich auf 24,8 Mio. €.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, wurden nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften nach § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 255 Abs. 1 und § 253 Abs. 4 HGB (strenges Niederstwertprinzip) bewertet. Wertaufholungen wurden durch Zuschreibungen gem. § 253 Abs. 5 HGB im Geschäftsjahr bis maximal zu den Anschaffungskosten berücksichtigt.

Sonstige Ausleihungen

Sonstige Ausleihungen wurden grundsätzlich zum Nennwert nach § 341c HGB angesetzt. Disagio-beträge wurden passivisch, Agiobeträge aktivisch abgegrenzt und auf die Laufzeit verteilt. Zero-Namensschuldverschreibungen und Zero-Schuldscheindarlehen wurden zu Anschaffungskosten zuzüglich der laufzeitabhängigen Zinsamortisation bewertet. Zur Feststellung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung wurden die Papiere gem. § 253 Abs. 3 S. 3 HGB auf ihre Bonität hin überprüft.

Einlagen bei Kreditinstituten

Einlagen bei Kreditinstituten wurden zum Nennwert angesetzt.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice wurden gem. § 341d HGB mit dem Zeitwert (Rücknahmepreis am Bilanzstichtag) bilanziert.

Forderungen an Versicherungsnehmer und -vermittler

Fällige Ansprüche an Versicherungsnehmer wurden mit dem Nennbetrag angesetzt. Ausfallrisiken wurden durch Pauschalwertverfahren aufgrund von Erfahrungswerten der Vorjahre berücksichtigt. Die Berechnungsverfahren sind gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht festgelegt.

Die Bewertung der Forderungen an Versicherungsvermittler erfolgte zum Nennwert.

Auf die noch nicht fälligen Ansprüche an Versicherungsnehmer wird weiter unten unter den Erläuterungen zur Deckungsrückstellung eingegangen.

Sonstige Forderungen und andere Vermögensgegenstände

Die sonstigen Forderungen und andere Vermögensgegenstände wurden mit dem Nennwert aktiviert.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand

Die laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand wurden zum Nennwert angesetzt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Rechnungsabgrenzungsposten wurden zum Nennwert angesetzt.

Aktive latente Steuern

Die Gesellschaft könnte aktive latente Steuern ausweisen. Sie macht von dem Aktivierungswahlrecht gem. § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB keinen Gebrauch. Die latenten Steuern wurden unter Anwendung eines Steuersatzes von 32% ermittelt. Differenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz, die zu passiven latenten Steuern führen würden, liegen nicht vor.

Bilanzwertermittlung Passiva

Beitragsüberträge

Die Beitragsüberträge wurden für den gesamten Bestand an selbst abgeschlossenen Versicherungen einzeln unter Berücksichtigung der genauen Beitragsfälligkeiten ermittelt. Ausgewiesen wurde der Teil der im Geschäftsjahr fälligen Beiträge, der den Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellt. Bei der Ermittlung der übertragungsfähigen Beitragsteile wurden die steuerlichen Bestimmungen beachtet.

Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung wurde für jede Versicherung einzeln unter Berücksichtigung des genauen Beginninterims nach versicherungsmathematischen Grundsätzen prospektiv ermittelt.

Für den Altbestand im Sinne des § 11c VAG und des Artikels 16 § 2 S. 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG i.V.m. § 118b VAG sind diese Grundsätze gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht geschäftsplanmäßig festgelegt. Für den Neubestand wurde die Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB i.V.m. § 25 RechVersV sowie der aufgrund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet. Die Deckungsrückstellung beinhaltet die Verwaltungskostenrückstellung für beitragsfreie Zeiten und beitragsfreie Versicherungen. Die Verwaltungskosten für beitragspflichtige Zeiten wurden implizit berücksichtigt. Die Deckungsrückstellung für bereits zugeteilte Überschussanteile wurde wie für beitragsfreie Versicherungen ermittelt.

Die Deckungsrückstellung beinhaltet eine von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigte zusätzliche Rückstellung für Rentenversicherungen zur Anpassung an die aktualisierten Rechnungsgrundlagen.

Noch nicht getilgte, rechnungsmäßig gedeckte Abschlussaufwendungen wurden, soweit die Deckungsrückstellung geillmert wurde, unter den noch nicht fälligen Ansprüchen an Versicherungsnehmer ausgewiesen. Diese wurden für Versicherungen des Altbestands in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen der geschäftsplanmäßigen Deckungsrückstellung und der uneingeschränkt geillmerten Deckungsrückstellung aktiviert. Für den Neubestand – außer bei den im Jahr 2007 eingeführten Tarifen mit auf 5 Jahre verteilten Abschlusskosten – wurden die Forderungen an Versicherungsnehmer auf Ersatz einmaliger Abschlussaufwendungen in dem Umfang aktiviert, wie sie die geleisteten, einmaligen Abschlusskosten in Höhe des Zillmersatzes nicht überstiegen und noch nicht aus den bereits gezahlten Beiträgen getilgt wurden.

Die verwendeten Rechnungsgrundlagen für die Berechnung der Deckungsrückstellung und deren prozentuale Anteile betragen:

Berechnungsgrundlagen für die Deckungsrückstellung

Tarifbezeichnung	Rechnungszins	Ausscheideordnung	Zillmersatz ‰ ^{a)}	Bezugsgröße	Anteil an der Deckungs- rückstellung Passiva B. II. 1
Rentenversicherung	2,25%	DAV 2004 R	0 ^{d)}	Beitragssumme	2,41%
	2,75%	DAV 2004 R	40	Beitragssumme	8,27%
	3,25%	DAV 94 R	40	Beitragssumme	76,23%
	3,25%	DAV 2004 R-B	0 ^{c)}		2,50%
Kollektivversicherung	2,25%	DAV 2004 R	0 ^{d)}	Beitragssumme	0,31%
	2,75%	DAV 2004 R	20	Beitragssumme	0,66%
	3,25%	DAV 94 R	20	Beitragssumme	7,81%
	3,25%	DAV 2004 R-B	0 ^{c)}		0,23%
BU-Zusatz- Versicherung	2,25%	DAV 97 I u. DAV 94 T ^{b)}	40	Beitragssumme	0,02%
	2,75%	DAV 97 I u. DAV 94 T ^{b)}	40	Beitragssumme	0,06%
	3,25%	DAV 97 I u. DAV 94 T ^{b)}	40	Beitragssumme	1,50%

a) in Abhängigkeit von verwendeter Tarifstufe auch niedrigerer Zillmersatz möglich

b) unternehmenseigene Invalidisierungstafel in Anlehnung an DAV 97 I

c) ausschließlich Nachreservierung

d) mit auf fünf Jahre verteilten Abschlusskosten

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (Schäden, Abläufe, Renten und Rückkäufe) wurde unter Beachtung des § 341g HGB sowie des § 26 RechVersV ermittelt und für jeden bis zum Abschlussstichtag eingetretenen, der Gesellschaft bis zum Zeitpunkt der Bestandsfeststellung bekannt gewordenen Fall einzeln entsprechend der erwarteten Leistung gebildet. Für bis zum Zeitpunkt der Bestandsfeststellung noch nicht bekannte Schäden des Geschäftsjahres wurde eine pauschale Spätschadenrückstellung gebildet.

Die in der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle enthaltene Rückstellung für Regulierungsaufwendungen wurde unter Beachtung steuerlicher Vorschriften ermittelt.

Fonds für die Schlussüberschussanteile innerhalb der Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Der Fonds für die Schlussüberschussanteile innerhalb der Rückstellung für Beitragsrückerstattung wurde für den Altbestand im Sinne des § 11c VAG und des Artikels 16 § 2 S. 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG i.V.m. § 118b VAG nach dem bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht eingereichten Geschäftsplan berechnet.

Für den Neubestand wurde der Fonds für die Schlussüberschussanteile so berechnet, dass sich für jede Versicherung der Teil des zu ihrem regulären Fälligkeitszeitpunkt (Ablauf der Versicherung oder Rentenbeginn bei aufgeschobenen Rentenversicherungen) vorgesehenen Schlussüberschussanteils ergab, der dem Verhältnis der abgelaufenen Versicherungsdauer zu der gesamten Versicherungsdauer oder der gesamten Aufschubzeit für Rentenversicherungen entsprach, abgezinst mit einem Zinssatz der dem über 10 Jahre errechneten arithmetischen Mittel der Umlaufrenditen der Anleihen der öffentlichen Hand gemäß der von der Deutschen Bundesbank in ihren Monatsberichten veröffentlichten Kapitalmarktstatistik (3,7%) entspricht. Vorzeitig fällige Schluss-Überschussanteile wurden durch Zuschläge beim Zinssatz berücksichtigt.

Übrige versicherungstechnische Rückstellungen

Für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft wurden die Anteile der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen gem. den Rückversicherungsverträgen ermittelt. Die Bewertungsmethoden entsprechen denen des selbst abgeschlossenen Bruttogeschäftes.

Steuerrückstellungen und sonstige Rückstellungen

Die Bewertung der Rückstellungen, die nach dem 31. Dezember 2009 passiviert wurden, erfolgte mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag, der zukünftig erwartete Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt. Betrug die Restlaufzeit einer Rückstellung mehr als ein Jahr, so wurde eine Abzinsung mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre vorgenommen. Die Abzinsungszinssätze wurden von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe einer Rechtsverordnung ermittelt und bekannt gegeben. Vor dem 1. Januar 2010 durften keine erwarteten Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt werden. Weiterhin war eine Abzinsung nur zulässig, sofern die Verpflichtung einen Zinsanteil enthielt.

Im Rahmen der Erstanwendung des BilMoG für Rückstellungen, die vor dem 1. Januar 2010 bereits passiviert waren, wurden aufgrund des BilMoG erforderliche Rückstellungszuführungen in Höhe von 1,8 Tsd. € nach Artikel 67 Abs. 7 EGHGB unter den außerordentlichen Aufwendungen ausgewiesen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden mit den Erfüllungsbeträgen bewertet.

Zeitwerte

Die Zeitwerte der zum Nennwert bilanzierten Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, Hypotheken-, Renten- und Grundschuldforderungen sowie sonstige zum Nennwert bilanzierte Ausleihungen, nicht börsengängige festverzinsliche Wertpapiere und Asset Backed Securities (ABS) wurden mittels der Discounted Cash Flow-Methode ermittelt. Als Grundlage der Bewertung dienten dabei Swapzinssätze unter Berücksichtigung der Restlaufzeit der Anlage, der Kreditqualität des Emittenten, des Liquiditätsrisikos sowie des emissionsabhängigen Kreditzu- oder -abschlags. Bei Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine wurde hierbei berücksichtigt, dass die Versicherungsnehmer ein jederzeitiges Kündigungsrecht haben. Bei derivativen Bestandteilen beachteten wir darüber hinaus implizite Volatilitäten und Korrelationen. Bei ABS wurden die Arten des Forderungspools berücksichtigt.

Hinsichtlich der Inhaberschuldverschreibungen, Aktien und Investmentanteile richtete sich der Zeitwert der börsengängigen Titel nach den Börsenkursen zum Bewertungsstichtag und derjenige der Investmentanteile nach den Rücknahmepreisen zum Bewertungsstichtag.

Bei in Fremdwährung notierten Kapitalanlagen wurde der Devisenkassamittelkurs zum Bewertungsstichtag zur Währungsumrechnung herangezogen.

Zeitwerte

	Buchwert ¹⁾	Zeitwert	Buchwert ¹⁾	Zeitwert
	2010	2010	2009	2009
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	20,0	21,2	20,0	21,3
1. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	20,0	21,2	20,0	21,3
II. Sonstige Kapitalanlagen	1.002,9	1.016,3	831,3	857,9
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	243,2	236,9	37,3	39,2
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	400,5	400,6	448,9	460,3
3. Sonstige Ausleihungen	330,5	350,0	338,8	352,0
a) Namensschuldverschreibungen	115,2	122,6	123,8	129,5
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	214,8	226,9	214,7	222,2
c) übrige Ausleihungen	0,5	0,5	0,4	0,4
4. Einlagen bei Kreditinstituten	28,7	28,7	6,3	6,3
Gesamt	1.022,9	1.037,5	851,3	879,2

¹⁾ Bei den Buchwerten von zu Nennwerten bilanzierten Anlagen sind die Effekte aus Agio und Disagio berücksichtigt.

Daraus resultiert eine Abweichung zu den in der Bilanz unter Aktiva A ausgewiesenen Werten.

Betroffen sind die Hypotheken, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen unter Aktiva A. II.

Hinsichtlich der Abschreibungsmodalitäten wird auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden verwiesen.

Folgende Finanzanlagen werden über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen:

Zeitwerte

Aktien und Investmentanteile	Buchwert	Zeitwert
	2010	2010
	Mio. €	Mio. €
Investmentanteile	191,6	183,8
Inhaberschuldverschreibungen	Buchwert	Zeitwert
	2010	2010
	Mio. €	Mio. €
Staatsanleihen Euroraum	50,9	43,9
Unternehmensanleihen	64,3	54,3

Wir gehen davon aus, dass es sich lediglich um vorübergehende Wertminderungen handelt. Zu den Details unserer Bewertungsmethoden verweisen wir auf die Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden zu den jeweiligen Bilanzposten.

Angaben zu Investmentvermögen mit einem Anteilsbesitz von mehr als 10% _____

	Buchwert (BW)	Marktwert (MW)	Differenz (MW - BW)	Ausschüttung 2010	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlassene Ab- schreibungen
	31.12.2010 Mio. €	31.12.2010 Mio. €	Mio. €	Mio. €		
Immobilienfonds						
EuroCore III	7,4	7,4	0,0	0,4	ja	0,0
Rentenfonds						
GID-Fonds GDPRET	191,6	183,8	-7,9	1,6	ja	-7,9

Bei den Investmentvermögen mit einem Anteilsbesitz von mehr als 10% bei denen der Buchwert über dem Marktwert liegt, gehen wir davon aus, dass es sich lediglich um eine vorübergehende Wertminderung handelt. Zu den Details unserer Bewertungsmethoden verweisen wir auf die Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden zu den jeweiligen Bilanzposten.

Bewertungsreserven

Die Gesamtsumme der Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen unter Berücksichtigung von Zu- und Abgängen sowie Zu- und Abschreibungen dieser Kapitalanlagen betrug 942 Mio. € (Vj. 781 Mio. €), der beizulegende Zeitwert 955 Mio. € (Vj. 807 Mio. €) und der sich daraus ergebende Saldo 13 Mio. € (Vj. 26 Mio. €), (inklusive Berücksichtigung von Agien und Disagien).

Dem einzelnen Versicherungsnehmer wird bei Beendigung des Versicherungsvertrages und bei Rentenversicherungen zum Zeitpunkt des Ablaufs der Aufschubzeit sowie während des Rentenbezugs jährlich zum Jahrestag des Rentenbeginns der für diesen Zeitpunkt ermittelte auf ihn entfallende Betrag zur Hälfte zugeteilt und an ihn ausgezahlt. Bestehen für diesen Zeitpunkt stille Lasten für die in die Überschussbeteiligung einbezogenen Kapitalanlagen, so wird der Versicherungsnehmer daran nicht beteiligt.

Zeit - und Buchwert offener Derivatepositionen zum 31.12.

Zum 31.12.2010 bestehen keine offenen Derivatepositionen.

Zeit- und Buchwert der strukturierten Produkte zum 31.12. _____

	Buchwert 2010	Zeitwert 2010	Buchwert 2009	Zeitwert 2009
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Strukturen mit Zinsrisiko	27,7	28,8	26,5	26,8

Strukturierte Zinsprodukte sind Inhaber- oder Namensschuldverschreibungen die derivative Bestandteile enthalten. Die Bewertung erfolgt „Mark to Modell“. Dabei werden verschiedene Einflussgrößen, z.B. implizite Volatilitäten, Bewertungsspreads und Korrelationen berücksichtigt. Auch werden Marktgepflogenheiten z.B. Convexity Adjustments berücksichtigt. Als gängige Modelle werden hier die von Black-Scholes und Hull-White angewendet.

Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva

Entwicklung der Aktivposten A.I. bis II. im Geschäftsjahr 2010

	Bilanzwerte 1.1.2010 Tsd. €	Zugang Tsd. €	Abgänge Tsd. €	Zuschreibungen Tsd. €	Abschreibungen Tsd. €	Bilanzwerte 31.12.2010 Tsd. €
A. I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen						
1. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	20.000	0	0	0	0	20.000
A. II. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	37.288	208.764	2.465	1	364	243.223
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	448.862	76.599	124.928	0	33	400.500
3. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	123.786	1.390	10.000	0	0	115.176
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	216.000	30.000	30.000	0	0	216.000
c) übrige Ausleihungen	368	110	0	0	0	478
4. Einlagen bei Kreditinstituten	6.300	22.400	0	0	0	28.700
5. Summe B. II.	832.603	339.264	167.394	1	397	1.004.078
Insgesamt	852.603	339.264	167.394	1	397	1.024.078

Kapitalanlagen

Sonstige Kapitalanlagen

Die übrigen Ausleihungen enthalten Namensgenussrechte in Höhe von 478 Tsd. € (Vj. 368 Tsd. €).

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

Bezeichnung der Fonds	ISIN	Bilanzwert	Anteileinheiten	Bilanzwert	Anteileinheiten
		31.12.2010	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2009
		Tsd. €	Stück	Tsd. €	Stück
CB-Basis Aktien AFLVS	LU0109003797	0	0,000	5	173,000
CB-Basis Aktien/Renten AFLVT	LU0109003441	0	0,000	4	109,000
CB-Basis Renten AFLVR	LU0109003102	0	0,000	3	53,000
Commerzbank Allstars-anl. Chance	LU0322107672	7	140,000	0	0,000
Commerzbank Allstars-anl. Einkommen	LU0322103333	4	71,000	0	0,000
Commerzbank Allstars-anl. Wachstum	LU0322106435	6	113,001	0	0,000
DWS Akkumula AFLVEL	DE0008474024	157	271,000	115	206,000
DWS Bonus Aktiv	DE0005152458	0	1,000	0	0,000
DWS Emerging Markets	DE0009773010	0	1,000	0	0,000
DWS European Opportunities 847415AFLVEI	DE0008474156	49	300,001	29	218,000
DWS Eurorenta AFLVEM	LU0003549028	138	2.710,001	107	2.082,000
DWS Eurovesta AFLVEH	DE0008490848	75	780,000	50	593,000
DWS FlexPension 2013 AFLVFA	LU0174276526	1	11,000	1	6,000
DWS FlexPension 2014 AFLVFB	LU0174293372	2	16,000	1	8,000
DWS FlexPension 2015 AFLVFC	LU0174293612	1	8,000	0	3,000
DWS FlexPension 2016 AFLVFD	LU0174293885	1	11,000	1	4,000
DWS FlexPension 2017 AFLVFE	LU0174293968	2	13,000	1	6,000
DWS FlexPension 2018 AFLVFF	LU0174294008	1	9,000	0	4,000
DWS FlexPension 2019 AFLVFG	LU0191403426	2	17,000	1	7,000
DWS FlexPension 2020 AFLVFH	LU0216062512	2	13,000	1	5,000
DWS FlexPension 2021	LU0252287403	1	11,000	0	4,000
DWS Flexpension 2023	LU0361685794	6	48,000	5	50,000
DWS Flexpension II 2025	LU0480050391	22	181,000	0	0,000
DWS FlexPension Sicav 2022	LU0290277143	2	13,000	1	5,000
DWS FlexPension Sicav II 2021	LU0412313602	0	1,000	0	0,000
DWS FlexPension SICAV II 2024	LU0412314162	2	16,000	6	51,000
DWS FlexProfit 80	LU0241500114	0	5,000	0	2,000
DWS FlexProfit 85	LU0241499432	0	1,000	0	1,000
DWS FlexProfit 90	LU0241499788	0	4,000	0	3,000
DWS Geldmarkt Plus	DE0008474230	0	5,000	0	0,000
DWS Geldmarktfonds AFLVEP	DE0008474255	0	0,000	0	4,000
DWS Global Value	LU0133414606	1	4,000	0	2,000
DWS Inter-Renta AFLVEO	DE0008474040	19	1.350,000	13	992,000
DWS Intervest AFLVEJ	DE0008474016	85	647,000	63	515,000
DWS Invest - European Dividend Plus LD	LU0195138150	0	3,000	0	1,000
DWS Invest Income Strategy Plus	LU0179217897	0	1,000	0	1,000
DWS INVESTA AFLVEG	DE0008474008	345	3.385,000	233	2.666,000
DWS Plus Invest Balance AFLVEB	DE0009769935	329	6.811,002	229	5.128,000
DWS Plus Invest Einkommen AFLVEC	DE0009769927	76	1.578,999	58	1.238,000
DWS Plus Invest Wachstum AFLVEA	DE0009769943	1.550	36.588,000	1.137	27.181,000
DWS Select-Invest	DE0008476565	1	6,000	1	3,000
DWS Top 50 Asien AFLVEF	DE0009769760	162	1.415,000	107	1.144,000
DWS Top 50 Europa AFLVED	DE0009769729	798	8.134,000	509	6.241,000
DWS Top 50 Welt AFLVEE	DE0009769794	188	3.298,001	130	2.569,000
DWS Vermögensbildung I AFLVEK	DE0008476524	4.511	49.966,001	3.200	38.265,000
DWS Vermögensbildung R AFLVEN	DE0008476516	445	27.291,000	351	21.147,000
Generali AktivMix Ertrag AFLVAL	DE0004156302	1	12,000	0	7,000
Generali Komfort Wachstum AFLVAI	LU0100846798	384	7.299,000	268	5.238,000
Generali Komfort-Balance AFLVAH	LU0100842029	297	5.416,000	197	3.638,000
Generali Komfort-Dynamik Europa AFLVAJ	LU0100847093	422	8.909,000	274	6.705,000
Generali Komfort-Dynamik Global	LU0100847929	300	7.332,000	193	5.524,000
GIS - Euro Bonds	LU0145476817	116	954,000	91	756,000
GIS German Equities DA	LU0346987596	65	721,000	42	537,000
grundbesitz europa RREEF Investment GmbH AFLVY	DE0009807008	9	203,000	6	140,000
grundbesitz global AFLVGB RREEF Investment GmbH	DE0009807057	11	204,000	8	156,000
hausInvest europa	DE0009807016	28	648,000	21	478,000
Inovesta Classic Oppenheim Fonds	DE0005117493	245	6.909,000	146	4.522,000
Inovesta Opportunity Oppenheim Fonds	DE0005117519	30	1.082,000	17	668,000
INTER ImmoProfil AFLVP	DE0009820068	19	344,000	14	261,000
SEB ImmoInvest P (AFLA)	DE0009802306	192	3.447,000	145	2.565,000
Summe		11.109		7.784	

Rechnungsabgrenzungsposten _____

	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
abgegrenzte Zinsen und Mieten	16.396	16.773
Agien auf Schuldscheinforderungen und -darlehen	166	222
Summe	16.562	16.995

Erläuterungen zur Bilanz – Passiva

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital von 7.500 Tsd. € bestand zum 31. Dezember 2010 aus 7.500 auf den Namen lautende Stückaktien, die von der Generali Deutschland Holding AG gehalten wurden.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung _____

	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Stand am 1. Januar	20.780	13.067
Entnahme für zugeteilte Überschussanteile des Geschäftsjahres	-5.550	-4.397
Zuführung aus dem Bruttoüberschuss des Geschäftsjahres	14.855	12.110
Stand am 31. Dezember	30.085	20.780
Von der Rückstellung am 31. Dezember entfallen auf:		
a) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	5.461	4.628
b) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile und Schlusszahlungen	250	253
c) auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven	16	42
d) den Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung von Gewinnrenten zurückgestellt wird	1	1
e) den Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird	14.503	11.459
f) auf den ungebundenen Teil	9.854	4.397

Die zugeteilten Überschussanteile enthalten auch die über den jeweiligen garantierten Rechnungszins hinausgehenden Zinsen auf angesammelte Überschussanteile.

Die für die einzelnen Abrechnungsverbände/Bestandsgruppen festgesetzten Überschussanteile und die verwendeten Ansammlungszinssätze sind im Kapitel „Anlage zum Anhang – Überschussanteil-Sätze 2011“ aufgeführt.

Zur Finanzierung der 2011 insgesamt fällig werdenden jährlichen Überschussanteile steht der in der Rückstellung für Beitragsrückerstattung festgelegte Betrag von 5.461 Tsd. € des Jahres 2010 zur Verfügung.

Verbindlichkeiten

Restlaufzeiten

Restlaufzeit über fünf Jahre _____

	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern	6.345	4.638
Summe	6.345	4.638

Diese Position betrifft ausschließlich Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern.

Andere Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern

Diese Position enthielt gutgeschriebene Überschussanteile in Höhe von 6.865 Tsd. €.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten für angewiesene, aber noch nicht abgewickelte Zahlungseingänge aus Kollektiv- und Direktinkasso in Höhe von 1.373 Tsd. €.

Rechnungsabgrenzungsposten _____

	2010	2009
	Tsd. €	Tsd. €
Disagio auf Schuldscheindarlehen	1.267	1.463
Disagio auf Namensschuldverschreibung	82	93
Summe	1.349	1.556

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Versicherungstechnische Rechnung Technischer Zinsertrag f.e.R.

Gebuchte Bruttobeiträge _____

	2010 Tsd. €	2009 Tsd. €
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft		
aa) gebuchte Bruttobeiträge aus:		
Einzelversicherungen	156.692	165.225
Kollektivversicherungen	12.382	14.013
Summe	169.074	179.238
bb) gebuchte Bruttobeiträge untergliedert nach:		
laufenden Beiträgen	168.430	178.581
Einmalbeiträgen	644	657
Summe	169.074	179.238
cc) gebuchte Bruttobeiträge aus:		
Pensionsversicherungen	162.710	172.441
Zusatzversicherungen	6.364	6.797
Summe	169.074	179.238

Rückversicherungssaldo _____

	2010 Tsd. €	2009 Tsd. €
Verdiente Beiträge des Rückversicherers	81.557	87.906
- Anteile des Rückversicherers an den Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	-8.162	-6.573
- Anteile des Rückversicherers an den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	-4.802	-4.475
Zwischensumme	68.593	76.858
+ Veränderung des Anteils der Rückversicherer an der Brutto-Deckungsrückstellung	-82.795	-87.510
Rückversicherungssaldo	-14.202	-10.652

Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen f.e.R.
Bei den ausgewiesenen Aufwendungen handelte es sich ausschließlich um erfolgsabhängige Beitragsrückerstattungen.

Nichtversicherungstechnische Rechnung Außerordentliche Aufwendungen

Aus der Umstellung auf das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz entstanden außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 2 Tsd. € nach Artikel 67 EGHGB.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern betreffen ausschließlich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen _____

	2010 Tsd.€	2009 Tsd. €
Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	5.958	6.572
Sonstige Bezüge der Vertreter im Sinne des § 92 HGB	99	124
Aufwendungen gesamt	6.057	6.695

Sonstige Angaben

Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind am Anfang dieses Berichts aufgeführt.

Bezüge des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat erhielt für das Geschäftsjahr 2010 keine Bezüge.

Bezüge des Vorstands

Der Vorstand erhielt für das Geschäftsjahr 2010 keine Bezüge.

Gewährte Vorschüsse und Kredite

Kredite an Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands bestanden am Bilanzstichtag nicht.

Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

Unsere Gesellschaft beschäftigt im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Mitarbeiter.

Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Die Angaben zum Gesamthonorar des Abschlussprüfers sind im Konzernabschluss der Generali Deutschland Holding AG, Köln, enthalten.

Konzernverbindungen

Die Gesellschaft ist ein Tochterunternehmen der Generali Deutschland Holding AG, Köln, (Generali Deutschland), die einen Konzernabschluss für die Generali Deutschland Gruppe erstellt, in den unsere Gesellschaft einbezogen wird. Er wird im elektronischen Bundesanzeiger offen gelegt. Ferner ist die Gesellschaft ein verbundenes Unternehmen der Assicurazioni Generali S.p.A. (Triest/Italien), die eine Mehrheitsbeteiligung an der Generali Deutschland besitzt. Die Assicurazioni Generali S.p.A. erstellt einen Konzernabschluss für die gesamte Generali Gruppe. Sie hinterlegt ihn an ihrem Geschäftssitz und reicht ihn bei den italienischen Aufsichtsbehörden ein.

Beherrschungsvertrag

Zwischen der Generali Deutschland Holding AG als herrschendem Unternehmen und uns besteht ein Beherrschungsvertrag.

Haftungsverhältnisse, sonstige finanzielle Verpflichtungen und andere nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen in Höhe von insgesamt 83.015 Tsd. € setzen sich wie folgt zusammen:

1. Verpflichtungen aus Vorkäufen von Darlehen in Höhe von 75.948 Tsd. €. Die Vorkäufe von festverzinslichen Wertpapieren wurden als Maßnahme zur teilweisen Sicherung des Portfolios gegenüber sinkenden Zinsen durchgeführt. Neben dem allgemeinen Kreditrisiko bestehen Risiken aus steigenden Marktzinsen, da die Positionen dann niedriger bewertet werden.
2. Die Gesellschaft ist Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Sicherungsfonds-Finanzierungs-Verordnung (Leben) jährliche Beiträge bis ein Sicherungsvermögen von 1‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Die zukünftigen Verpflichtungen hieraus betragen für die Gesellschaft 4.395 Tsd. €.

Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben; dies entspricht einer Verpflichtung von 488 Tsd. €. Zusätzlich hat sich die Gesellschaft verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1% der Summe der versicherungstechnischen Netto-rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Aus der Verpflichtung, zusätzlich finanzielle Mittel dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherungs-AG in einem Sanierungsfall zur Verfügung zu stellen, ergibt sich das Risiko von Zahlungsmittelabflüssen. Vorteil der Verpflichtung ist das Sicherstellen von Ansprüchen der Versicherungsnehmer im Sanierungsfall einer Gesellschaft und damit die Stärkung der Versicherungsbranche. Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds betrug die Gesamtverpflichtung zum Bilanzstichtag 4.883 Tsd. €.

3. Einzahlungsverpflichtungen aus indirekten Anlagen aus den Bereichen Private Equity und Immobilien in Höhe von 2.184 Tsd. €. Das den Managern zugesagte Kapital wird über einen Zeitraum von 3-4 Jahren investiert. Die ausgewiesenen Verpflichtungen stellen das maximale Volumen der noch offenen, nicht investierten Zusagen dar. Die Chancen und Risiken der Verpflichtungen ergeben sich aus dem zukünftigen Ergebnis der jeweiligen Anlagestrategie, also der Entwicklung des Private Equity-Segments und der Immobilienmärkte.

Das Risiko der Inanspruchnahme der aufgeführten Haftungsverhältnisse wird als vernachlässigbar eingestuft, weshalb auf eine Rückstellungsbildung verzichtet wurde.

Aachen, den 7. Februar 2011

Generali Deutschland Pensionskasse Aktiengesellschaft

Booms

Andrzejewski

Oedingen



_____ Anlage zum Anhang

Anlage zum Anhang

Überschussbeteiligung unserer Kunden

Für das Kalenderjahr 2011 gelten die in der Anlage zum Anhang unter „Überschussanteil-Sätze 2011“ angegebenen Überschussanteil-Sätze.

Formen der Überschussbeteiligung

Rentenerhöhung

Die jährlichen Überschussanteile werden als Einmalbeitrag zur Erhöhung der Versicherungsleistung (Rentenerhöhung) verwendet. Die Rentenerhöhung ist als beitragsfreie Versicherung wiederum überschussberechtigigt.

Verzinsliche Ansammlung der Überschussanteile

Die jährlichen Überschussanteile werden verzinslich angesammelt. Die jährliche Gesamtverzinsung des Ansammlungsguthabens beträgt im Jahr 2011 bei allen Versicherungen wie im Vorjahr 4,20%. Das Ansammlungsguthaben wird bei Ablauf der Aufschubzeit zur Rentenerhöhung verwendet.

Schluss-Überschussanteil

Für alle aufgeschobenen Rentenversicherungen kann zusätzlich zu den jährlichen Überschussanteilen bei Beginn der Rentenzahlung und unter bestimmten Voraussetzungen auch bei vorzeitiger Beendigung der Versicherung und bei vorzeitigem Eintritt des Versicherungsfalls ein Schluss-Überschussanteil hinzukommen. Auch bei den Tarifen der Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung kann die Überschussbeteiligung u. a. in Form eines Schluss-Überschussanteils erfolgen.

Beteiligung an den Bewertungsreserven

Für alle Haupt- und Zusatzversicherungen kann bei Beendigung der Versicherung bzw. – im Falle einer Rentenversicherung – bei Beendigung der Ansparphase sowie fortlaufend während des Rentenbezugs eine Beteiligung an den Bewertungsreserven fällig werden. Sie wird nach einem verursachungsorientierten Verfahren ermittelt. Voraussetzung für die Beteiligung ist, dass die Versicherung schon einen jährlichen Überschussanteil erhalten hat. Ferner müssen sich für unsere Kapitalanlagen am maßgebenden Stichtag nach Berücksichtigung der aufsichtsrechtlichen Regelungen zur Kapitalausstattung unseres Unternehmens positive Bewertungsreserven ergeben. Maßgebender Stichtag ist der letzte Börsentag im Monat vor Beendigung der Versicherung bzw. vor Beendigung der Aufschubzeit. Bei Rentenversicherungen im Rentenbezug ist der letzte Börsentag im vorletzten Monat vor Beginn des neuen Versicherungsjahres der maßgebende Stichtag. Von der Hälfte der am jeweils maßgebenden Stichtag festgestellten Bewertungsreserven wird der Teilbetrag ermittelt, der auf den Bestand an Versicherungen entfällt, für die ein Anspruch auf die Beteiligung an den Bewertungsreserven besteht. Davon erhält die jeweilige Versicherung bei Fälligkeit der Beteiligung an den Bewertungsreserven den Betrag, der dem Verhältnis der Summe der Deckungsrückstellungen und verzinslich angesammelten Überschussguthaben der Versicherung an ihren bisherigen jährlichen Bilanzstichtagen (31. Dezember) zuzüglich des zum letzten Bilanzstichtag (31. Dezember 2010) für den Vertrag festgelegten Überschussanteils zur entsprechenden Summe aller berechtigten Verträge an ihren jeweiligen jährlichen Bilanzstichtagen entspricht. Bei einer Rentenversicherung im Rentenbezug wird statt der Summe der Deckungsrückstellungen an ihren bisherigen Bilanzstichtagen ihre Deckungsrückstellung am letzten Bilanzstichtag (31. Dezember 2010) angesetzt. Der Vorstand kann für jeden Vertrag, soweit in den Versicherungsbedingungen vorgesehen, nach dem gleichen Verfahren wie dem für die jeweilige Ermittlung des Schluss-Überschussanteils einen Mindestwert für die Beteiligung an den Bewertungsreserven bestimmen. Dieser Mindestwert wird auf den nach dem vorstehenden Verfahren

für die Versicherung ermittelten Anteil an den Bewertungsreserven angerechnet. Für das Jahr 2011 ist eine solche Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven nicht vorgesehen.

Rentenzuschlag

Die jährlichen Überschussanteile werden bei Beginn der Rentenzahlung für eine Zusatzrente verwendet, deren Höhe gleich bleibt, solange sich die maßgebenden Überschussanteil-Sätze nicht ändern.

Bonusrente

Zusätzlich zur vertraglich vereinbarten Berufsunfähigkeitsrente wird bei Eintritt einer Berufsunfähigkeit eine Bonusrente gewährt. Sie ist ab dann garantiert und wird so lange wie die Berufsunfähigkeitsrente gezahlt.

Umrechnung in Anteilseinheiten

Bei Wahl der Überschussverwendungsart „Fondsanlage“ werden die jährlichen Überschussanteile zum jeweiligen Ausgabepreis in Anteilseinheiten der maßgebenden Fonds umgerechnet und der Versicherung gutgeschrieben.

Überschussbeteiligung bei Rentenversicherungen

Die Lebenserwartung der Rentenversicherten ist in den letzten Jahren deutlich stärker als erwartet gestiegen und wird voraussichtlich auch weiter steigen. Deshalb müssen seit dem 31.12.2004 bei Rentenversicherungen die Deckungsrückstellungen mit neuen biometrischen Rechnungsgrundlagen gestellt werden, die zu (deutlich) höheren Rückstellungsbeträgen führen. Basis für diese Nachreservierung sind die von der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) vorgeschlagenen Sterbetafeln DAV 2004 R-Bestand und DAV 2004 R-B20. Diese Sterbetafeln erfordern bei den Tarifen mit 3,25% Rechnungszins auch 2010 eine zusätzliche Aufstockung der Deckungsrückstellungen, was zu einer entsprechenden Belastung des Ergebnisses für diese Bestände führt. Die Überschussbeteiligung fällt bei diesen Tarifen deshalb wie in den Vorjahren auch 2011 niedriger als bei Verträgen ohne diese zusätzliche Aufstockung aus.

ÜBERSCHUSSANTEIL-SÄTZE 2011

Übersicht

	Seite
1. Abrechnungsverband bzw. Bestandsgruppe Rentenversicherungen und Abrechnungsverband bzw. Bestandsgruppe Kollektiv-Rentenversicherungen	72
2. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung (BUZV)	77

1. Abrechnungsverband bzw. Bestandsgruppe Rentenversicherungen und Abrechnungsverband bzw. Bestandsgruppe Kollektiv-Rentenversicherungen

1.1 Gewinnverband PK1 des Abrechnungsverbandes Rentenversicherungen, Gewinnverband KPK1 des Abrechnungsverbandes Kollektiv-Rentenversicherungen Tarife 1PK, 1PKT, 1PKB und 1PKS jeweils der Tarifgeneration mit 3,25% Rechnungszins			
Überschussanteil	Überschussanteil-Satz	Bezugsgröße	Zuteilung und Verwendung
Jährliche Überschussanteile, soweit sie nicht auf laufende Rentenzahlungen entfallen: - Kosten-Überschussanteil beitragsbezogener Teil bei beitragspflichtigen Versicherungen summenbezogener Teil bei beitragspflichtigen und beitragsfreien Versicherungen sowie Versicherungen gegen Einmalbeitrag auf Rentenerhöhungen bezogener Teil - Risiko-Überschussanteil (für Erhöhungen im Rahmen des Rentenaufbauplans mit Beginn ab 1.1.2005 bei Tarif 1PK und 1PKB) - Zins-Überschussanteil für Erhöhungen im Rahmen des Rentenaufbauplans mit Beginn ab 1.1.2005	Jahresbeitrag unter 1.200 €: 0,2% ab 1.200 €: 0,7% 0,1% 0,4% 20% 0,35% 0,95%	Jahresbeitrag der Hauptversicherung Beitragssumme, Summe der gezahlten Beiträge bei vorzeitiger Einstellung der Beitragszahlung oder Einmalbeitrag Summe der Zuteilungen Risikobeitrag Deckungskapital am Ende des Vorjahres	jährliche Überschussanteile zum Ende des Versicherungsjahres (evtl. anteilig, falls es sich nicht um ein volles Versicherungsjahr handelt), bei Versicherungen gegen Einmalbeitrag oder mit Beitragszahlungsdauern bis zu 19 Jahren erstmals zum Ende des ersten, bei Beitragszahlungsdauern ab 20 Jahren erstmals zum Ende des zweiten Versicherungsjahres; im Regelfall verzinsliche Ansammlung vor Ablauf der Aufschubzeit; alternativ ist vor Ablauf der Aufschubzeit auch die Bildung von Rentenerhöhungen oder die Anlage in Fondsanteile möglich.
Jährliche Überschussanteile, soweit sie auf laufende Rentenzahlungen entfallen: - Risiko-Überschussanteil (für Erhöhungen im Rahmen des Rentenaufbauplans mit Beginn ab 1.1.2005 und Renten mit Zahlungsbeginn ab 1.1.2005 aus Überschussguthaben) - Zins-Überschussanteil für Erhöhungen im Rahmen des Rentenaufbauplans mit Beginn ab 1.1.2005 und Renten mit Zahlungsbeginn ab 1.1.2006 aus deren Überschussguthaben	0,2% 0,35% 0,95%	Deckungskapital zum Zuteilungszeitpunkt Deckungskapital zum Zuteilungszeitpunkt	Zins- und Risiko-Überschussanteile nach Beginn einer Rentenzahlung, erstmals nachdem nach Rentenbeginn ein volles Versicherungsjahr zurückgelegt wurde zur Bildung von jährlichen Rentenerhöhungen im Regelfall, alternativ können die Zins-Überschussanteile zum einen Teil zur Bildung eines Rentenzuschlags, der mit Beginn der Rentenzahlung einsetzt, zum anderen Teil soweit möglich zur Bildung von jährlichen Rentenerhöhungen verwendet werden.

Überschussanteil	Überschussanteil-Satz	Bezugsgröße	Zuteilung und Verwendung
Schluss-Überschussanteil		Kapitalabfindung für jedes Versicherungsjahr (für unvollendete Versicherungsjahre gelten die deklarierten Sätze anteilig),	Schluss-Überschussanteil bei Ablauf der Aufschubzeit zur sofortigen Rentenerhöhung (bei vorzeitiger Vertragsbeendigung durch Rückkauf oder Tod und bei vorverlegtem Ablauf der Aufschubzeit werden reduzierte Leistungen fällig)
- bei Überschussverwendungsart „verzinsliche Ansammlung“ oder „Rentenerhöhung“	<p>Bestandsjahr 1.-10. Jahr: beitragspflichtig 0,6‰ beitragsfrei 0,9‰</p> <p>Bestandsjahr 11.-20. Jahr: beitragspflichtig 0,9‰ beitragsfrei 1,2‰</p> <p>Bestandsjahr ab 21. Jahr: beitragspflichtig 1,2‰ beitragsfrei 1,8‰</p>	<p>für das 2002 begonnene Versicherungsjahr: Bestandsjahr 1.-10. Jahr: beitragspflichtig 2,8‰ beitragsfrei 4,2‰</p> <p>Bestandsjahr 11.-20. Jahr: beitragspflichtig 4,2‰ beitragsfrei 5,5‰</p> <p>Bestandsjahr ab 21. Jahr: beitragspflichtig 5,5‰ beitragsfrei 8,4‰</p> <p>für die von 2003 bis 2005 begonnenen Versicherungsjahre: Bestandsjahr 1.-10. Jahr: beitragspflichtig 2,5‰ beitragsfrei 3,7‰</p> <p>Bestandsjahr 11.-20. Jahr: beitragspflichtig 3,7‰ beitragsfrei 4,9‰</p> <p>Bestandsjahr ab 21. Jahr: beitragspflichtig 4,9‰ beitragsfrei 7,4‰</p>	
für Erhöhungen im Rahmen des Rentenaufbauplans mit Beginn ab 1.1.2005	<p>Bestandsjahr 1.-10. Jahr: beitragspflichtig 1,43‰ beitragsfrei 2,17‰</p> <p>Bestandsjahr 11.-20. Jahr: beitragspflichtig 2,17‰ beitragsfrei 2,85‰</p> <p>Bestandsjahr ab 21. Jahr: beitragspflichtig 2,85‰ beitragsfrei 4,35‰</p>	<p>für das 2005 begonnene Versicherungsjahr: Bestandsjahr 1.-10. Jahr: beitragspflichtig 2,5‰ beitragsfrei 3,7‰</p> <p>Bestandsjahr 11.-20. Jahr: beitragspflichtig 3,7‰ beitragsfrei 4,9‰</p> <p>Bestandsjahr ab 21. Jahr: beitragspflichtig 4,9‰ beitragsfrei 7,4‰</p>	
- bei fondsgebundener Anlage der jährlichen Überschussanteile	<p>Bestandsjahr 1.-10. Jahr: beitragspflichtig 0,6‰ beitragsfrei 0,9‰</p> <p>Bestandsjahr 11.-20. Jahr: beitragspflichtig 0,83‰ beitragsfrei 1,13‰</p> <p>Bestandsjahr ab 21. Jahr: beitragspflichtig 1,05‰ beitragsfrei 1,43‰</p>	<p>für das 2002 begonnene Versicherungsjahr: Bestandsjahr 1.-10. Jahr: beitragspflichtig 2,8‰ beitragsfrei 4,2‰</p> <p>Bestandsjahr 11.-20. Jahr: beitragspflichtig 3,9‰ beitragsfrei 5,2‰</p> <p>Bestandsjahr ab 21. Jahr: beitragspflichtig 5,0‰ beitragsfrei 6,7‰</p> <p>für die von 2003 bis 2005 begonnenen Versicherungsjahre: Bestandsjahr 1.-10. Jahr: beitragspflichtig 2,5‰ beitragsfrei 3,7‰</p> <p>Bestandsjahr 11.-20. Jahr: beitragspflichtig 3,5‰ beitragsfrei 4,5‰</p> <p>Bestandsjahr ab 21. Jahr: beitragspflichtig 4,4‰ beitragsfrei 5,9‰</p>	

Überschussanteil	Überschussanteil-Satz	Bezugsgröße	Zuteilung und Verwendung
für Erhöhungen im Rahmen des Rentenaufbauplans mit Beginn ab 1.1.2005	Bestandsjahr 1.-10. Jahr: beitragspflichtig 1,43‰ beitragsfrei 2,17‰ Bestandsjahr 11.-20. Jahr: beitragspflichtig 2,03‰ beitragsfrei 2,62‰ Bestandsjahr ab 21. Jahr: beitragspflichtig 2,55‰ beitragsfrei 3,45‰	für das 2005 begonnene Versicherungsjahr: Bestandsjahr 1.-10. Jahr: beitragspflichtig 2,5‰ beitragsfrei 3,7‰ Bestandsjahr 11.-20. Jahr: beitragspflichtig 3,5‰ beitragsfrei 4,5‰ Bestandsjahr ab 21. Jahr: beitragspflichtig 4,4‰ beitragsfrei 5,9‰	

1.2 Gewinnverband PK2 des Abrechnungsverbandes bzw. der Bestandsgruppe Rentenversicherungen, Gewinnverband KPK2 des Abrechnungsverbandes bzw. der Bestandsgruppe Kollektiv-Rentenversicherungen
Tarife 1PK, 1PKT, 1PKB und 1PKS jeweils der Tarifgeneration mit 2,75% Rechnungszins

Überschussanteil	Überschussanteil-Satz	Bezugsgröße	Zuteilung und Verwendung
Jährliche Überschussanteile, soweit sie nicht auf laufende Rentenzahlungen entfallen: - Kosten-Überschussanteil beitragsbezogener Teil bei beitragspflichtigen Versicherungen auf Rentenerhöhungen bezogener Teil - Risiko-Überschussanteil (bei Tarif 1PK und 1PKB) - Zins-Überschussanteil	 0,4% 0,4% 20% 1,45%	 Jahresbeitrag der Hauptversicherung Summe der Zuteilungen Risikobeitrag Deckungskapital am Ende des Vorjahres	 jährliche Überschussanteile zum Ende des Versicherungsjahres (evtl. anteilig, falls es sich nicht um ein volles Versicherungsjahr handelt), bei Versicherungen gegen Einmalbeitrag oder mit Beitragszahlungsdauern bis zu 19 Jahren erstmals zum Ende des ersten, bei Beitragszahlungsdauern ab 20 Jahren erstmals zum Ende des zweiten Versicherungsjahres; im Regelfall verzinsliche Ansammlung vor Ablauf der Aufschubzeit; alternativ ist auch die Bildung von Rentenerhöhungen oder die Anlage in Fondsanteile möglich.
Jährliche Überschussanteile, soweit sie auf laufende Rentenzahlungen entfallen: - Risiko-Überschussanteil - Zins-Überschussanteil	 0,2% 1,45%	 Deckungskapital zum Zuteilungszeitpunkt	 Zins- und Risiko-Überschussanteile nach Beginn einer Rentenzahlung, erstmals nachdem nach Rentenbeginn ein volles Versicherungsjahr zurückgelegt wurde zur Bildung von jährlichen Rentenerhöhungen im Regelfall, alternativ können die Zins-Überschussanteile zum einen Teil zur Bildung eines Rentenzuschlags, der mit Beginn der Rentenzahlung einsetzt, zum anderen Teil soweit möglich zur Bildung von jährlichen Rentenerhöhungen verwendet werden.
Schluss-Überschussanteil	2,7‰	Deckungskapital einschließlich verzinslich angesammeltem Guthaben (jedoch nicht fondsgebundenem Guthaben) bzw. Deckungskapital der Rentenerhöhungen aus der laufenden Überschussbeteiligung für jedes begonnene Versicherungsjahr (für unvollendete Versicherungsjahre gelten die deklarierten Sätze anteilig), für die vor 2006 begonnenen Versicherungsjahre: 3,1‰	Schluss-Überschussanteil bei Ablauf der Aufschubzeit zur sofortigen Rentenerhöhung (bei vorzeitiger Vertragsbeendigung durch Rückkauf oder Tod und bei vorverlegtem Ablauf der Aufschubzeit werden reduzierte Leistungen fällig)

1.3 Gewinnverband PK3 der Bestandsgruppe Rentenversicherungen, Gewinnverband KPK3 der Bestandsgruppe Kollektiv-Rentenversicherungen
 Tarife 1PK, 1PKT, 1PKB und 1PKS jeweils der Tarifgeneration mit 2,25% Rechnungszins mit Policierung in 2007

Überschussanteil	Überschussanteil-Satz	Bezugsgröße	Zuteilung und Verwendung
Jährliche Überschussanteile, soweit sie nicht auf laufende Rentenzahlungen entfallen: - Kosten-Überschussanteil beitragsbezogener Teil bei beitragspflichtigen Versicherungen auf Rentenerhöhungen bezogener Teil - Risiko-Überschussanteil (bei Tarif 1PK und 1PKB) - Zins-Überschussanteil	0,4% 0,4‰ 20% 1,95%	Jahresbeitrag der Hauptversicherung Summe der Zuteilungen Risikobeitrag Deckungskapital am Ende des Vorjahres	jährliche Überschussanteile zum Ende des Versicherungsjahres (evtl. anteilig, falls es sich nicht um ein volles Versicherungsjahr handelt), bei Versicherungen gegen Einmalbeitrag oder mit Beitragszahlungsdauern bis zu 19 Jahren erstmals zum Ende des ersten, bei Beitragszahlungsdauern ab 20 Jahren erstmals zum Ende des zweiten Versicherungsjahres; im Regelfall verzinsliche Ansammlung vor Ablauf der Aufschubzeit; alternativ ist auch die Bildung von Rentenerhöhungen oder die Anlage in Fondsanteile möglich.
Jährliche Überschussanteile, soweit sie auf laufende Rentenzahlungen entfallen: - Risiko-Überschussanteil - Zins-Überschussanteil	0,3% 1,95%	Deckungskapital zum Zuteilungszeitpunkt	Zins- und Risiko-Überschussanteile nach Beginn einer Rentenzahlung, erstmals nachdem nach Rentenbeginn ein volles Versicherungsjahr zurückgelegt wurde zur Bildung von jährlichen Rentenerhöhungen im Regelfall, alternativ können die Zins-Überschussanteile zum einen Teil zur Bildung eines Rentenzuschlags, der mit Beginn der Rentenzahlung einsetzt, zum anderen Teil zur Bildung von jährlichen Rentenerhöhungen verwendet werden.
Schluss-Überschussanteil	1,70‰	Deckungskapital einschließlich verzinslich angesammeltem Guthaben (jedoch nicht fondsgebundenem Guthaben) bzw. Deckungskapital der Rentenerhöhungen aus der laufenden Überschussbeteiligung für jedes begonnene Versicherungsjahr (für unvollendete Versicherungsjahre gelten die deklarierten Sätze anteilig)	Schluss-Überschussanteil bei Ablauf der Aufschubzeit zur sofortigen Rentenerhöhung (bei vorzeitiger Vertragsbeendigung durch Rückkauf oder Tod und bei vorverlegtem Ablauf der Aufschubzeit werden reduzierte Leistungen fällig)

1.4 Gewinnverband PK4 der Bestandsgruppe Rentenversicherungen, Gewinnverband KPK4 der Bestandsgruppe Kollektiv-Rentenversicherungen
 Tarife 1PK, 1PKB und 1PKS jeweils der Tarifgeneration mit 2,25% Rechnungszins mit Policierung ab 2008

Überschussanteil	Überschussanteil-Satz	Bezugsgröße	Zuteilung und Verwendung
Jährliche Überschussanteile, soweit sie nicht auf laufende Rentenzahlungen entfallen: - Kosten-Überschussanteil beitragsbezogener Teil bei beitragspflichtigen Versicherungen summenbezogener Teil bei beitragsfreien Versicherungen auf Rentenerhöhungen bezogener Teil bei beitragsfreien Versicherungen - Risiko-Überschussanteil - Zins-Überschussanteil	bei Aufschubzeiten bis einschließlich 30 Jahre 0,5%, über 30 Jahre 0,0% 0,1% 0,75% 20% 1,95%	Jahresbeitrag der Hauptversicherung Beitragssumme, Summe der gezahlten Beiträge bei vorzeitiger Einstellung der Beitragszahlung oder Einmalbeitrag Summe der Zuteilungen Risikobeitrag Deckungskapital am Ende des Vorjahres	jährliche Überschussanteile zum Ende des Versicherungsjahres (evtl. anteilig, falls es sich nicht um ein volles Versicherungsjahr handelt), bei Versicherungen gegen Einmalbeitrag oder mit Beitragszahlungsdauern bis zu 19 Jahren erstmals zum Ende des ersten, bei Beitragszahlungsdauern ab 20 Jahren erstmals zum Ende des zweiten Versicherungsjahres; im Regelfall verzinsliche Ansammlung vor Ablauf der Aufschubzeit; alternativ ist auch die Bildung von Rentenerhöhungen oder die Anlage in Fondsanteile möglich.
Jährliche Überschussanteile, soweit sie auf laufende Rentenzahlungen entfallen: - Risiko-Überschussanteil - Zins-Überschussanteil	0,3% 1,95%	Deckungskapital zum Zuteilungszeitpunkt	Zins- und Risiko-Überschussanteile nach Beginn einer Rentenzahlung, erstmals nachdem nach Rentenbeginn ein volles Versicherungsjahr zurückgelegt wurde zur Bildung von jährlichen Rentenerhöhungen im Regelfall, alternativ können die Zins-Überschussanteile zum einen Teil zur Bildung eines Rentenzuschlags, der mit Beginn der Rentenzahlung einsetzt, zum anderen Teil zur Bildung von jährlichen Rentenerhöhungen verwendet werden.
Schluss-Überschussanteil	1,55%	Deckungskapital einschließlich verzinslich angesammeltem Guthaben (jedoch nicht fondsgebundenem Guthaben) bzw. Deckungskapital der Rentenerhöhungen aus der laufenden Überschussbeteiligung für jedes begonnene Versicherungsjahr (für unvollendete Versicherungsjahre gelten die deklarierten Sätze anteilig)	Schluss-Überschussanteil bei Ablauf der Aufschubzeit zur sofortigen Rentenerhöhung (bei vorzeitiger Vertragsbeendigung durch Rückkauf oder Tod und bei vorverlegtem Ablauf der Aufschubzeit werden reduzierte Leistungen fällig)

2. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung (BUZV)

2.1 Beitragspflichtige Versicherungen und aufgrund abgekürzter Beitragszahlungsdauer beitragsfreie Versicherungen																																	
PKI-, PKTI und PKBI-Tarife mit Beginnjahr bis 2007																																	
Überschussanteil	Bezugsgröße und Überschussanteil-Satz		Zuteilung und Verwendung																														
Schluss-Überschussanteil	Bezugsgröße ist der jeweilige Bruttojahresbeitrag der Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung (BUZV) für jedes Versicherungsjahr; die nachstehenden Überschussanteil-Sätze gelten für jedes vollendete Versicherungsjahr der BUZV (anteilig für unvollendete Versicherungsjahre) und werden jeweils mit der Anzahl aller ab dem 5. Versicherungsjahr vereinbarten Versicherungsjahre multipliziert und im Verhältnis von Beitragszahlungs- zu Versicherungsdauer gewichtet;		Schluss-Überschussanteil bei Ablauf der Versicherungsdauer der BUZV (bei vorzeitiger Beendigung der BUZV werden reduzierte Leistungen fällig)																														
Beitragsbefreiungsrente	<p>für die vor 2005 begonnenen Versicherungsjahre:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Berufsgruppe</th> <th>Männer</th> <th>Frauen</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>1</td> <td>2,47%</td> <td>2,47%</td> </tr> <tr> <td>2</td> <td>2,47%</td> <td>2,47%</td> </tr> <tr> <td>3</td> <td>2,31%</td> <td>2,47%</td> </tr> <tr> <td>4</td> <td>2,31%</td> <td>2,47%</td> </tr> </tbody> </table> <p>für die ab 2005 begonnenen Versicherungsjahre:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Berufsgruppe</th> <th>Männer</th> <th>Frauen</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>1</td> <td>1,24%</td> <td>1,24%</td> </tr> <tr> <td>2</td> <td>1,24%</td> <td>1,24%</td> </tr> <tr> <td>3</td> <td>1,16%</td> <td>1,24%</td> </tr> <tr> <td>4</td> <td>1,16%</td> <td>1,24%</td> </tr> </tbody> </table>		Berufsgruppe	Männer	Frauen	1	2,47%	2,47%	2	2,47%	2,47%	3	2,31%	2,47%	4	2,31%	2,47%	Berufsgruppe	Männer	Frauen	1	1,24%	1,24%	2	1,24%	1,24%	3	1,16%	1,24%	4	1,16%	1,24%	
Berufsgruppe	Männer	Frauen																															
1	2,47%	2,47%																															
2	2,47%	2,47%																															
3	2,31%	2,47%																															
4	2,31%	2,47%																															
Berufsgruppe	Männer	Frauen																															
1	1,24%	1,24%																															
2	1,24%	1,24%																															
3	1,16%	1,24%																															
4	1,16%	1,24%																															
Berufsunfähigkeitsrente	<p>für die vor 2005 begonnenen Versicherungsjahre:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Berufsgruppe</th> <th>Männer</th> <th>Frauen</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>1</td> <td>0,82%</td> <td>0,82%</td> </tr> <tr> <td>2</td> <td>0,82%</td> <td>0,82%</td> </tr> <tr> <td>3</td> <td>0,77%</td> <td>0,82%</td> </tr> <tr> <td>4</td> <td>0,77%</td> <td>0,82%</td> </tr> </tbody> </table> <p>für die ab 2005 begonnenen Versicherungsjahre:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Berufsgruppe</th> <th>Männer</th> <th>Frauen</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>1</td> <td>0,42%</td> <td>0,42%</td> </tr> <tr> <td>2</td> <td>0,42%</td> <td>0,42%</td> </tr> <tr> <td>3</td> <td>0,39%</td> <td>0,42%</td> </tr> <tr> <td>4</td> <td>0,39%</td> <td>0,42%</td> </tr> </tbody> </table>		Berufsgruppe	Männer	Frauen	1	0,82%	0,82%	2	0,82%	0,82%	3	0,77%	0,82%	4	0,77%	0,82%	Berufsgruppe	Männer	Frauen	1	0,42%	0,42%	2	0,42%	0,42%	3	0,39%	0,42%	4	0,39%	0,42%	
Berufsgruppe	Männer	Frauen																															
1	0,82%	0,82%																															
2	0,82%	0,82%																															
3	0,77%	0,82%																															
4	0,77%	0,82%																															
Berufsgruppe	Männer	Frauen																															
1	0,42%	0,42%																															
2	0,42%	0,42%																															
3	0,39%	0,42%																															
4	0,39%	0,42%																															
Bonusrente	Bezugsgröße ist jeweils die garantierte Berufsunfähigkeitsrente:		Bonusrente; Erhöhung der zu zahlenden Berufsunfähigkeitsrente bei Beginn der Leistungspflicht																														
Gewinnverbände PK1, KPK1, PK2 und KPK2	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Berufsgruppe</th> <th>Männer</th> <th>Frauen</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>1</td> <td>42%</td> <td>42%</td> </tr> <tr> <td>2</td> <td>42%</td> <td>42%</td> </tr> <tr> <td>3</td> <td>33%</td> <td>42%</td> </tr> <tr> <td>4</td> <td>33%</td> <td>42%</td> </tr> </tbody> </table>		Berufsgruppe	Männer	Frauen	1	42%	42%	2	42%	42%	3	33%	42%	4	33%	42%																
Berufsgruppe	Männer	Frauen																															
1	42%	42%																															
2	42%	42%																															
3	33%	42%																															
4	33%	42%																															
Gewinnverbände PK3, KPK3	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Berufsgruppe</th> <th>Männer</th> <th>Frauen</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>1</td> <td>49%</td> <td>49%</td> </tr> <tr> <td>2</td> <td>49%</td> <td>49%</td> </tr> <tr> <td>3</td> <td>38%</td> <td>49%</td> </tr> <tr> <td>4</td> <td>38%</td> <td>49%</td> </tr> </tbody> </table>		Berufsgruppe	Männer	Frauen	1	49%	49%	2	49%	49%	3	38%	49%	4	38%	49%																
Berufsgruppe	Männer	Frauen																															
1	49%	49%																															
2	49%	49%																															
3	38%	49%																															
4	38%	49%																															

PKI- und PKBI-Tarife mit Beginnjahr ab 2008

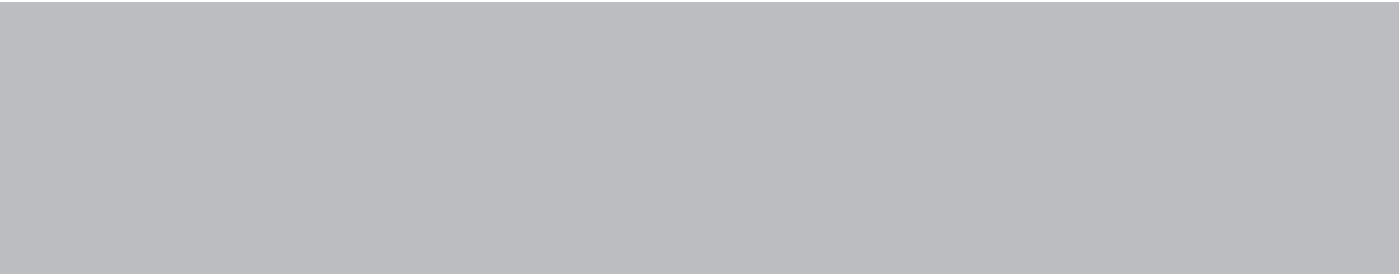
Überschussanteil	Bezugsgröße und Überschussanteil-Satz	Zuteilung und Verwendung
Schluss-Überschussanteil	Bezugsgröße ist der jeweilige Bruttojahresbeitrag der Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung (BUZV) für jedes Versicherungsjahr; die nachstehenden Überschussanteil-Sätze gelten für jedes vollendete Versicherungsjahr der BUZV (anteilig für unvollendete Versicherungsjahre) und werden jeweils mit der Anzahl aller ab dem 5. Versicherungsjahr vereinbarten Versicherungsjahre multipliziert und im Verhältnis von Beitragszahlungs- zu Versicherungsdauer gewichtet;	Schluss-Überschussanteil bei Ablauf der Versicherungsdauer der BUZV (bei vorzeitiger Beendigung der BUZV werden reduzierte Leistungen fällig)
Beitragsbefreiungsrente	für die ab 2008 begonnenen Versicherungsjahre: in Berufsgruppe 1 oder 2: 1,24% in Berufsgruppe 3 oder 4: 1,16%	
Bonusrente	Bezugsgröße ist jeweils die garantierte Berufsunfähigkeitsrente.	Bonusrente; Erhöhung der zu zahlenden Berufsunfähigkeitsrente bei Beginn der Leistungspflicht
Gewinnverbände PK4, KPK4	Bei Versicherungsdauern bis einschließlich 20 Jahre: 67% über 20 Jahre: in Berufsgruppe 1 oder 2: 49% in Berufsgruppe 3 oder 4: 43%	

**2.2 Beitragsfreie Versicherungen (mit Ausnahme der aufgrund abgekürzter Beitragszahlungsdauer beitragsfreien)
PKI-, PKTI und PKBI-Tarife mit Beginnjahr bis 2007**

Überschussanteil	Bezugsgröße und Überschussanteil-Satz	Zuteilung und Verwendung
Versicherungen der Aktiven: Schluss-Überschussanteil	Jahresrente für jedes beitragsfreie Versicherungsjahr (für unvollendete Versicherungsjahre gelten die deklarierten Sätze anteilig); 0,77% für die vor 2005 begonnenen Versicherungsjahre, 0,39% für die ab 2005 begonnenen Versicherungsjahre	Schluss-Überschussanteil bei Ablauf der Versicherungsdauer der BUZV (bei vorzeitiger Beendigung der BUZV werden reduzierte Leistungen fällig)
Versicherungen der Berufsunfähigen, sofern keine Berufsunfähigkeitsrente gezahlt wird: Schluss-Überschussanteil	12% der jährlichen Beitragsbefreiungsrente für jedes volle Versicherungsjahr, in dem als Leistung aus der BUZV nur die Beitragsbefreiung gewährt wurde (für unvollendete Versicherungsjahre gelten die deklarierten Sätze anteilig).	Schluss-Überschussanteil bei Ablauf der Versicherungsdauer der BUZV (bei vorzeitiger Beendigung der BUZV werden reduzierte Leistungen fällig)
Versicherungen der Berufsunfähigen, sofern eine Berufsunfähigkeitsrente gezahlt wird: Jährliche Zins-Überschussanteile Gewinnverbände PK 1, KPK 1 Gewinnverbände PK 2, KPK 2 Gewinnverbände PK 3, KPK 3	Deckungskapital zum Zuteilungszeitpunkt 0,95% 1,45% 1,95%	Zins-Überschussanteile zu Beginn des Versicherungsjahres, erstmalig nachdem die Rente für ein volles Versicherungsjahr geleistet wurde; jährliche Rentenerhöhungen

PKI- und PKBI-Tarife mit Beginnjahr ab 2008

Überschussanteil	Bezugsgröße und Überschussanteil-Satz	Zuteilung und Verwendung
Versicherungen der Aktiven: Schluss-Überschussanteil	Jahresrente für jedes beitragsfreie Versicherungsjahr (für unvollendete Versicherungsjahre gelten die deklarierten Sätze anteilig); 0,39% für die ab 2008 begonnenen Versicherungsjahre	Schluss-Überschussanteil bei Ablauf der Versicherungsdauer der BUZV (bei vorzeitiger Beendigung der BUZV werden reduzierte Leistungen fällig)
Versicherungen der Berufsunfähigen, sofern keine Berufsunfähigkeitsrente gezahlt wird: Schluss-Überschussanteil	12% der jährlichen Beitragsbefreiungsrente für jedes volle Versicherungsjahr, in dem als Leistung aus der BUZV nur die Beitragsbefreiung gewährt wurde (für unvollendete Versicherungsjahre gelten die deklarierten Sätze anteilig).	Schluss-Überschussanteil bei Ablauf der Versicherungsdauer der BUZV (bei vorzeitiger Beendigung der BUZV werden reduzierte Leistungen fällig)
Versicherungen der Berufsunfähigen, sofern eine Berufsunfähigkeitsrente gezahlt wird: Jährliche Zins-Überschussanteile Gewinnverbände PK4, KPK4	Deckungskapital zum Zuteilungszeitpunkt 1,95%	Zins-Überschussanteile zu Beginn des Versicherungsjahres, erstmalig nachdem die Rente für ein volles Versicherungsjahr geleistet wurde; jährliche Rentenerhöhungen



_____ Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Generali Deutschland Pensionskasse Aktiengesellschaft, Aachen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 11. Februar 2011

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Michael Peters
Wirtschaftsprüfer

ppa. Michael Kilbinger
Wirtschaftsprüfer

